

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänisch, Sozial- und Fremdengebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erdung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 18. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonten: Berlin 27 136 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Postfach 110, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareille-
zeile 50 Pfennig, Restzeile
5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 25 Pfennig
(außer zwei festgedruckte Worte,
jedes weitere Wort 12 Pfennig).
Stellenangebote das erste Wort
15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Reichsmark Seite 60 Pfennig.
Familienanzeigen für Abonnementen
Seite 40 Pfennig.

Kunden für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Postamt, Berlin SW. 68, Dönhofs-
straße 3, abgeben werden. Geöffnet
von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Putschpläne vor dem Landtag.

Erregte Auseinandersetzungen. — Nationale Schutzengel des Hochverrats.

Die Beratung über den Rotetat im preussischen Landtag bot den äußeren Anlaß, die Aufdeckung der „waterländischen“ Putschpläne sehr ausführlich zur Sprache zu bringen. Die Deutschnationalen und ihre Trabanten erwarteten sich ein Fest. Aber sie erlebten eine schwere Enttäuschung, denn die Darlegungen des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und die temperamentvollen, auf eine Fülle von Material gestützten Ausführungen Heilmanns legten auch den letzten Zweifel an dem Ernst der Lage fort. Das provokatorische, auf den Ton der Schlagzeitung gestimmte Auftreten des völkisch-nationalen Landgerichtsdirektors Eichhoff und des deutschnationalen Stadtrats Steinhoff aus Wilmersdorf unterstrich nur die Kennzeichnung des hochverräterischen Treibens der Putschverbände.

Die Ertrappten haben sich ein Abwehrschema zurechtgemacht und ihre Verteidiger im Landtage benutzten es bis zum Ueberdruß. Dies Schema malt eine neue „bolschewistische Revolution“ an die Wand. Und alles, was die Unschuldslämmer um Claß, Sodenstern und Luch übten, ist nichts anderes, als das getreue Vasallentum derer, die die Reichswehr vor dem Ueberfall durch Kommunisten schützen wollen.

Nun glauben sie zwar selbst nicht im geringsten an die Möglichkeit einer kommunistischen Revolution. Das Rotefrontkämpfer-Fest zu Pfingsten, für das an allen Plafatflächen Freiquartiere gesucht werden, ist an sich genau so staatsgefährlich, wie die Stahlhelm-Tage in Halle oder der „Reichskriegertag“ in Leipzig mit ihren ausgesprochen monarchistischen Tendenzen, mit ihrem aufreizenden Kult der taffelischen Fahnen. Ein Fest der Roten Frontkämpfer, selbst wenn dazu 60 000 Mann nach hier gebracht würden, bedeutet in der Millionenstadt Berlin gar nichts. Und die preussische Schutzpolizei in Berlin reicht vollkommen aus, etwa unterlaufenden Nebenabsichten rechtzeitig den Garau zu machen.

Der Hinweis auf die Regsamkeit der Kommunisten ist also eine Heuchelei schlimmsten Grades. Sie wirkt um so peinlicher, als die Deutschnationalen nur zu gut wissen müßten, daß sie nur der kommunistischen „Politik“ die Wahl in den Burgs verdanken, und daß die Kommunisten im preussischen Landtag der Rechten so oft Handlangerdienste geleistet haben, bis sogar das Etik sie zur Ordnung rufen mußte.

Setzt mit dem bolschewistischen Rinderschred zu operieren, ist so dumm, daß es nur auf politische Kinder und auf Greise Eindruck machen kann, die die politischen Geschehnisse verschlafen haben.

Aber gerade, weil die Taktik so unglaublich und so töricht ist, wird sie mit einer gespielten Naivität angewandt. Der Abgeordnete Steinhoff hatte den Geschmack, die Hausfuchungen bei den alldeutschen Putschisten als einen Putsch der preussischen Regierung gegen die Reichswehr zu bezeichnen, daneben in der Tonart eines konservativen Agitators siedender Garnitur gegen den Minister des Innern, den Polizeipräsidenten und ihre Hilfsorgane zu Felde zu ziehen. Warum das alles? Weil die preussische Regierung es gewagt hat, selbst vor dem Heiligtum der Industrieführer nicht Halt zu machen, sondern auch bei ihnen hausfuchen, wenn sie verdächtig sind. Man denke sich: Noch vor wenigen Jahren standen die Industriekapitäne so, daß sie den „Ministern den Herrenstandpunkt kräftig ins Auge drücken“ und sie durch ein Stierrunzeln aus dem Amte scheuchen konnten. Dieses Idyll ist gestört. Heute kann die Polizei sogar bei ihnen hausfuchen halten. Das ist eine so ungeheuerliche Umkehrung der Machtverhältnisse, daß sich den Volksparteiern und ihren deutschnationalen Nachbarn die letzten Haare sträuben müssen.

Die Tatsachen jedoch, die Ministerpräsident Braun und Genosse Heilmann sprechen ließen, wirkten schlagender als das aufgeregte Gerede der Rechten. Die Tatsachen sind die, daß in den Kreisen um Claß ganz ernsthaft die Einführung der Diktatur und die Befestigung der Verfassung auf dem Wege über Artikel 48 der Verfassung mündlich und schriftlich erörtert worden ist, daß die „Wehrverbände“ sich eine einheitliche Leitung in der Person des Olympiers Luch gegeben haben, daß ein „Berein zur Unterstützung der Wehrvereine“ unter Borfich von Hugenberg und unter Mitwirkung von Sodenstern und den anderen besteht, kurz: daß alle Kennzeichen für das Vorliegen der „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ gegeben sind. Wären gleiche Vorbereitungen bei Kommunisten bekannt geworden, so hätte der Oberreichsanwalt längst eingegriffen. Die Beteiligten

würden hinter Schloß und Riegel einem Bürgens ausgeliefert sein. Jetzt weiß Herr Ebermeyer von nichts und wartet ab, bis er seine Entschließungen mit Hilfe seines DC-Reichsanwalts Niethammer treffen kann.

Es ist zu begrüßen, daß die preussische Regierung nicht in gleicher olympischer Ruhe abgewartet hat, sondern zugriff. Dafür verdient sie das Vertrauen aller Republikaner, und wenn die Schutzengel der Hochverräter noch so aufgeregt sich gebärden mögen!

Der Landtag erledigte zunächst einige kleine Vorlagen. Der Gesetzentwurf für die Ausgestaltung des staatlichen Bergwerksbesitzes, der 30 Millionen Mark bereitstellen will, wird dem Hauptausschuß zur Vorberatung überwiesen. Ein Antrag des Zentrums zur Behebung der Notlage der deutschen Steinindustrie, besonders im Magener Becken und in Oberschlesien und Berücksichtigung dieser Notlage bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden, wird dem Handelsausschuß überwiesen. Angenommen werden deutschnationale Anträge in der Ausschussfassung, die Maßnahmen zur Linderung der Auswinterungsschäden der ostpreussischen Landwirtschaft fordern. Das Staatsministerium wird ersucht, durch sachverständige staatliche Kommissare die Notlage der Provinz Ostpreußen festzustellen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Trennung und Auseinanderlegung der Provinzen Ober- und Niederschlesien.

Ministerpräsident Braun weist darauf hin, daß die Vorlage die Schaffung einer selbständigen Provinz Oberschlesien zum Ziel habe. Die preussische Staatsregierung habe seinerzeit die Schaffung eines selbständigen Oberschlesiens feierlich versprochen, und auch der Landtag habe sich mit Mehrheit dafür ausgesprochen. Der Ausschuß habe an der Vorlage jedoch in wichtigen Punkten Änderungen vorgenommen. Diese Änderungen würden der Vorlage eine Gestalt geben, die von der Staatsregierung und der ober-schlesischen Bevölkerung nicht als volle Erfüllung des seinerzeit gegebenen Versprechens angesehen werden könne. Die Staatsregierung erhalte daher den Landtag, nochmals eine ernsthafte Prüfung dieser Angelegenheit vorzunehmen.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen überweist das Haus auf Antrag des Abg. Riedel (Dem.) die Vorlage nochmals an den Verfassungsausschuß.

Es beginnt die zweite Beratung des Rothaushalts. Berichterstatter Abg. Ebersbach (Dnat.) empfiehlt Annahme der Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen.

Innerhalb der Beratung erfolgte zunächst die Abgabe einer formulierten Erklärung des Zentrums durch den

Abg. Dr. Borfich:

Es dürfte kaum möglich sein, sich jetzt bereits ein abschließendes Urteil darüber zu bilden, welche Bedeutung dem von der Staatsregierung beigebrachten Material über beabsichtigte gewesene Putschunternehmen im einzelnen beizumessen ist, so daß darüber das Endurteil vorbehalten bleiben muß. Die Zentrumsfraktion gibt auch bei diesem Anlaß mit allem Nachdruck der Meinung Ausdruck, daß es nicht nur ein selbstverständliches Recht, sondern

die absolute Pflicht der Staatsregierung ist, mit größter Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß nichts geschieht, was den bestehenden Staat in seinem Bestande irgendwie gefährden könnte, ganz gleichgültig, von welcher Seite Umsturzbewegungen zu erwarten wären.

Der neue Staat hat leider keine Verantwortung, in dieser Hinsicht weniger behutlos zu sein, als es der alte gewesen ist. (Sehr richtig! in der Mitte.) Es sind seit der Errichtung des demokratischen Staatswesens Dinge genug vorgekommen, die allerdings die äußerste Wachsamkeit der Staatsregierung

zur gebietlichen Notwendigkeit

machen. Amtierende Staatsmänner sind ermordet worden, für andere war die Vorwarnung bestimmt, sogenannte Fememorde, ein besonders scheußlicher Auswuchs politischer Verheerung, machten selbst vor dem Leben einfacher Menschen nicht halt. Wiederholt sind Staatsumwälzungen versucht worden. Kamfante Teile der Bevölkerung werden sorgfältig systematisch in Kampfstellung gegen das bestehende Staatswesen hineingetrieben.

Unablässig sind Kräfte am Werk, die es darauf anlegen, eine Atmosphäre höherer Abneigung gegen die deutsche Demokratie zu erhalten und immer wieder neue zu schaffen.

Polens „demokratische Revolution“.

Warschauer Bericht. — Das erste Ferngespräch seit dem Umsturz.

Warschau, 17. Mai, abends. (Eigener Drahtbericht.) Die Kämpfe zwischen den Truppen Pilsudskis und denen der vergangenen Regierung Milos am Freitag und Sonnabend voriger Woche haben insgesamt gegen 300 Menschen das Leben gekostet, während rund 1000 Verletzte in den Krankenhäusern und in Pensionspflege sind. Ein sehr großer Teil dieser Opfer sind Zivilisten, die aus Neugier und trotz aller Warnungen sich in den Bereich des Feuers geradezu gedrängt hatten. Im übrigen aber muß hervorgehoben werden, daß während dieser Kämpfe im Innern einer Großstadt auch nicht die geringste Ausschreitung gegen das Eigentum vorgekommen ist. Heute wurden die Toten unter militärischen Ehren bestattet und alle, ob Militär oder Zivil, in einem gemeinsamen Massengrab beigesetzt.

Die polnischen Sozialisten, die ein Angebot der Kommunisten auf Errichtung einer Sowjetrepublik sofort bei Beginn der Kämpfe zurückgewiesen haben, wünschen die Auflösung des Parlaments, da dieses eine demokratische Mehrheit nicht hat und somit die Forderungen der Sozialisten und der linken Bauern auf Durchführung der Bodenreform, nationale Autonomie für die geschlossenen wohnenden Minderheitsvölker, scharfe Steuerpolitik usw. vom jetzigen Parlament kaum beschlossen werden dürften. Die Verfassung bestimmt jedoch, daß der gegenwärtige Sejm vor Ablauf seiner Wahlperiode nur durch eigenen Beschluß aufgelöst werden kann; die Wahlperiode läuft aber erst in etwa 1 1/2 Jahren ab. Man berät eifrig darüber, wie trotzdem die Auflösung herbeigeführt werden könnte.

Die Neuwahl des Staatspräsidenten hat die Nationalversammlung vorzunehmen, d. h. Sejm und Senat in gemeinsamer Versammlung. Die Mehrheit dieser Versammlung würde an sich ebenfalls nicht als fortschrittlich zu bezeichnen sein. Trotzdem aber ist die Linke darin ziemlich einig, daß die Neuwahl des Präsidenten der Republik alsbald und auf die vorgezeichnete Art erfolgen müsse. Möglicherweise wird die Regierung noch heute nach den Zeitpunkt der Nationalversammlung beschließen.

Die Polener Reaktionen haben einen Beschluß gefaßt, daß die Nationalversammlung nicht in Warschau tagen dürfe. Aber da Warschau die geschichtliche Hauptstadt Polens ist, wird die Nationalversammlung eben in Warschau tagen und wenn das nicht paßt, der wird eben fern bleiben können. Die zwischen Polen und Warschau

stehenden Posener Truppen sind, nach hierher gelangten Meldungen, bereits nach Polen zurück unterwegs.

Jedem eine Kandidatur für die Stelle des Präsidenten der Republik ist bis jetzt nicht genannt worden.

Die polnischen Sozialisten und auch die linken Bauernparteien sowie andere sozialistische und demokratische Gruppen stellen als Ziel der Umwälzung, die sie als eine demokratische Revolution bezeichnen, die Bildung einer Regierung der Arbeiter und Bauern auf, jedoch nicht etwa im Sowjetstille, sondern als das Ergebnis maßgebender Bestimmung der Arbeiter- und Bauernparteien in diesem Staate, der außer Arbeitern und Bauern nur eine schwache Bourgeoisie und darüber jene Schicht von Großgrundbesitzern habe, der ein moralischer Anspruch der Vorherrschaft nicht zugestimmt werden könne.

Warschau, 17. Mai, mitternacht. (Eigener Drahtbericht.) Der Kabinettsrat hat heute abend noch keinen Beschluß über die Nationalversammlung gefaßt, da die Lage noch ungeklärt ist.

Ostoberschlesischer Zwiespalt.

Kattowitz, 17. Mai. (WZB.) Die ganze schlesische Division unter General Sajontsch hat sich unter den Befehl Pilsudskis gestellt. In Oberschlesien herrscht Ruhe. Die Züge verkehren normal, in allen Fabriken wird gearbeitet. Im ostoberschlesischen Sejm wurde ein Antrag der Korjantypartei und der Nationalen Arbeitspartei auf Billigung des Staatsstreiks Pilsudskis, der die gesamte ostoberschlesische Wirtschaftslage besonders schwer erschüttert habe, mit einer Mehrheit von fünf Stimmen angenommen.

Ministerpräsident Bartel.

Ministerpräsident Bartel ist als Sohn eines Eisenbahnmaschinisten 1882 zu Lemberg geboren. Nach dem Abiturium studierte er in München Mathematik, wo er 1902 zum Dr.-Ing. promoviert wurde. Bei Ausbruch des Krieges war er Dozent der Lemberger technischen Hochschule. Im Kriege hat er in einem Eisenbahnbataillon Dienst getan und sich 1918 bei der Verteidigung von Lemberg gegen die Ukrainer ausgezeichnet. 1919 wurde er Eisenbahnminister in Polen. 1922 wurde er Sejmabgeordneter.

Grund genug für die verantwortlichen Träger des demokratischen Staatsgedankens, auf der Hut zu sein und allen Erscheinungen rücksichtslos nachzugehen, die die Annahme nahelegen, daß sie mit umstürzlerischen Bestrebungen in Verbindung stehen. Auf eine derartige Sicherstellung seines Daseins hat der alte Staat keinen Augenblick verzichtet. Es wäre lächerlich, vom neuen Staat in dieser Hinsicht weniger Wachsamkeit oder mehr Gütmütigkeit voraussetzen zu wollen, als sie der alte Staat bewiesen hat. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes steht zur Demokratie und hat keine Lust, sich die Staatsform antastet zu lassen. Zu dieser überwältigenden Mehrheit gehört auch die deutsche Zentrumspartei. Deshalb erwartet auch die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages von der Staatsregierung, daß diese zur Sicherstellung der Verfassung und damit zur Verteidigung der republikanischen Staatsform unablässig auf dem Posten ist, geführt letzten Endes auch auf die für die Staatsgewalt unerlässlichen Nachmittel. Unser Volk will keine Erschütterung des Staatsgedankens, sondern eine ruhige Entwicklung seiner innen- und außenpolitischen Verhältnisse, weil dies die erste Voraussetzung dafür ist, daß unsere wirtschaftliche Lage nach den schweren Erschütterungen, die ihr der verlorene Krieg gebracht hat, wieder in Ordnung kommt. Wir haben zu gegenwärtigen preussischen Staatsregierung das volle Vertrauen, daß sie alles tut, was in ihren Kräften steht, um frühzeitig alle Gefahren abzuwehren, die dieser ruhigen Aufwärtsentwicklung unseres Wirtschaftslebens durch unruhige Elemente drohen könnten. (Beifall der Rechten.)

Abg. Bartels-Krieger (Komm.) weist auf das Streben der herrschenden Kapitalistenklasse hin, die Gewalt Herrschaft aufzurichten und die sogenannte Demokratie zu beseitigen. Beweis dafür seien der Vorstoß gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit und die bewußten Verfassungsverstöße, wie zum Beispiel in der Flaggenfrage. Die „Vossische Zeitung“ habe nachgewiesen, daß 150 Rechtsorganisationen beständen, deren Dachorganisation die Vereinigten Vaterländischen Verbände sind. Die Art der Erledigung von Putschvorbereitungen beweise, daß man zur preussischen Regierung absolut kein Vertrauen haben könne. Die Demokraten zeigten eine jämmerliche Haltung. Als der Redner erklärt, der Kronprinz fühle sich sehr wohl in Preußen, seine Frau Klaua Wafen, wird er durch stürmische Zurufe der Rechten unterbrochen und vom Präsidenten ermahnt, sich zu mähen. Man müsse sich zur Abwehr außerhalb des Parlaments zusammenschließen. Statt der Regierung des schwarzweißen Staatsreichs müsse die Einheitsfront der Arbeiterschaft ausgerichtet werden.

Abg. Eichhoff (D. Ap.) erklärt, die Ausführungen des Redners hätten ihm jeden Zweifel genommen, von welcher Seite des Hauses dem Staate größere Gefahren drohten. Seine Fraktion lehne jede gewaltsame Veränderung der Verfassung nach wie vor entschieden ab. Das Vorgehen der Regierung gegen Putschpläne müsse sich gleichmäßig nach allen Seiten richten. Das Vertrauen, das der Zentrumredner der Staatsregierung ausgesprochen hat, teilen wir nicht. Ist der Verdacht gerechtfertigt, daß die Regierung bei ihrem Vorgehen eine Einwirkung auf das Reich im Auge hatte, so müssen wir das aufs schärfste verurteilen. Wir sind der Ueberzeugung, daß eine viel größere Gefahr auf der linken Seite, bei den Kommunisten, steht, als auf der Rechten. (Stürmische Zurufe rechts.) — Heftige Unterbrechungen bei den Kommunisten. Wir müssen unter allen Umständen verlangen, daß die Regierung mit gleichem Maße auch gegen links mißt. Wir haben gegen die Art des Vorgehens die schwersten Bedenken und erheben zum Teil gegen die Maßnahmen schärfsten Einspruch. Das gerichtliche Verfahren muß abgewartet werden. Wir fordern auch Genugtuung für diejenigen Persönlichkeiten, gegen die ohne ausreichenden Grund vorgegangen ist. Die Regierung muß gegen die verantwortlichen Beamten einschreiten. (Beifall rechts.)

Das Wort nimmt hierauf der

Ministerpräsident Braun.

Er erwähnt zunächst, daß in der Presse geschrieben worden sei, daß man Gespenster sehe, daß es sich um Unmenschen handle. (Zuruf rechts: Sehr richtig!) Meine Herren! Bei dem, von dem ich spreche, handelt es sich um Äußerungen des „Berliner Sozial-Anzeiger“ und der „Deutschen Tageszeitung“ am 13. März 1920. (Stürmische Heiterkeit links.) Als diese Artikel in die Hände des Publikums kamen, da schwenkten die Rapp- Leute bereits in die Linde ein und trafen Herrn

Ludendorff, der bekanntlich damals zufällig spazieren ging. (Heiterkeit links.)

In der Reichstanzlei war man bereits zusammengesetreten. Was wir heute in derselben Presse lesen, ist auf den gleichen Ton gestimmt. Ich kann beweisen, daß es sich um ähnliche Dinge handelt wie 1920. (Zurufe rechts: Beweisen Sie es!) Von der Rechten wird es ja immer so dargestellt, als ob nur gewisse Phantasten ihr Wesen trieben. Selbst wenn dem so ist — leider ist dem nicht so! —, so hat die Polizei diese Dinge ernst zu nehmen. (Zuruf des Abg. Semmler (Dnat.): Und die Kommunisten?) Von Phantasten kann ein fürchtbares Unheil angerichtet werden. (Erneuter Zuruf rechts: Panzerkreuzer „Potemkin“! Hörsting!) Es wird erklärt, daß wir vor einer zweiten revolutionären Periode stünden, vor einer Linksdiktatur. Das geschieht

doch nur zu dem Zwecke, um das Streben einer Rechtsdiktatur zu verbergen.

Besonders ein Artikel in der „Deutschen Zeitung“ sucht die Deffentlichkeit heranzumachen, daß wir vor einer solchen Linksdiktatur ständen. Ich verweise demgegenüber auf die tatkräftige Tätigkeit des Herrn Ehrhardt, der auf eine Einigkeit aller rechtsstehenden Verbände hinarbeitet. (Zuruf rechts: Ist das verboten?) Ja, es wird immer so dargestellt, als ob diese Verbände ganz harmlos seien. Es ist aber festgestellt worden, daß sie nicht nur das treiben, was sie nach ihren Statuten vorgeben. Sie sind zum Teil bewaffnet; sie halten Schießübungen ab. Sie haben Pläne aufgestellt, die direkt auf den Umsturz eingestellt sind. Der Minister zitiert dann Stellen aus einem ganz detailliert gehaltenen Aufmarschplan für, wie es dort heißt,

„Die große Auseinandersetzung mit den November-Verbrechern von 1918“. (Großer Lärm rechts.)

In den letzten Wochen ist wiederholt ausgesprochen worden, daß man vor der großen Auseinandersetzung steht und daß die Verbände bereit sein müßten, einzugreifen. Man sollte aber nicht einen Putsch vom Jone brechen, sondern man mühte — und da bitte ich Sie, meine Herren von der Linken, besonders gut anzupassen — einen Linksputsch abzuwarten. (Zurufe rechts: Na also!) Im Notfall

müße man diesen Linksputsch provozieren! (Stürmische Unterbrechungen rechts.)

Es sollte dann nicht bei der Niederschlagung des Kommunismus aufhören, sondern man mühte mit politischen Forderungen der Verbände, vor allem auf

Beseitigung der parlamentarischen Verfassung und der gegenwärtigen Staatsmänner

hervortreten. Das sind die politischen Bestrebungen dieser angeblichen Sportverbände. (Immer wiederholte stürmische Unterbrechungen bei den Deutschnationalen und Zurufe: Spießberichter!) In den Sitzungen des Rationalverbandes der deutschen Offiziere und bei den Alideutschen wurde ganz offen darauf hingewiesen, daß eine völkische Diktatur anzustreben sei. Sollte nicht doch alle dem, was vorliegt, zweifelhaft sein... (in den neuen lärmenden Unterbrechungen der Rechten gehen die weiteren Ausführungen des Ministerpräsidenten verloren). Der Weg, der den Herren vorschwebt, geht aus dem vorgelesenen Material mit aller Deutlichkeit hervor, soweit er uns nicht vorher schon bekannt war. Es wird von dieser Seite nicht ein Putsch angestrebt, sondern man will die Deffentlichkeit heunruhigen und so den Herrn Reichspräsidenten veranlassen,

auf Grund des Artikel 48

die vollziehende Gewalt in die Hände der Militärs zu legen. (Zurufe bei den Deutschnationalen: Sehr richtig!) Der Ministerpräsident teilt dann folgendes aus einem beschlagnahmten Briefe mit. Dort heißt es: „Der von uns zuerst vertretene Gedanke der Diktatur hat sich durchgesetzt. Mindestens bei allen nicht internationalpolitischen Dingen gibt es heute keinen Streit mehr darüber, daß nur auf diesem Wege die Rettung des Vaterlandes erreicht werden kann. Wie kommt man aber zur Diktatur? Der Weg zur Diktatur geht heute nur über den § 48 der Reichsverfassung.“ Weiter heißt es in dem Briefe: „Es muß alles geschehen, um den Herrn Reichspräsidenten für die Anwendung dieses Artikels zu gewinnen. Der Reichspräsident muß davon unterrichtet werden, daß nur eine brauchbare Diktatur charaktervoller Persönlichkeiten (Verhaftetes: Sehr richtig! bei den Deutschnationalen) mit dem Parlamentarismus Schluss machen kann. Schriftlich kann ich mich nicht näher äußern. Aber Eure Erzählung dürfen sich darauf verlassen, daß alles in unserer Macht Stehende geschieht, den Herrn Reichspräsidenten von der Wichtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen.“ (Großer Lärm rechts und auf der äußersten Linken und Zurufe: Unterschrift! Beweisen!). Der Herr Reichspräsident ist diesen Angriffen nicht unterlegen. (Verhaftetes: Na, na! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichspräsident hat mir auf meine Anfrage erklärt, es sei ganz selbstverständlich, daß er all diesen Plänen fernsteht. (Gelächter bei den Kommunisten.) Die Bestrebungen der Leute, die den Herrn Reichspräsidenten geminnen wollen, gehen auch dahin, ihn über seine Familienangehörigen auf die große kommunistische Gefahr aufmerksam zu machen. (Abg. Wiedemann (Dnat.): Das ist ganz richtig!) Sie können sagen, daß der ausgelegene Entwurf einer Rotverordnung das Produkt irregulärer Phantasten ist. Aber man muß auch bei der Beurteilung solcher Maßnahmen vorsichtig sein, wie uns die Vergangenheit gelehrt hat. Wir haben bei unseren Hausdurchsungen selber nicht alles Material bekommen können, weil wir vor den Herren halbmachten, die in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder wegen sonstiger hoher Ämter gewisse Rechte haben. (Lärm links.) Auch bei den Hausdurchsungen, die vorgenommen wurden, ist uns nicht alles Material in die Hände gefallen, weil die betroffenen Herren leider vorher bereits unterrichtet waren. (Verhaftete Entrüstung rechts.) Einer hat erklärt: „Ich habe die Sachen, die die Polizei nicht sehen soll, bereits auf die Seite geschafft.“ Die Dinge seien durchaus nicht harmlos. Das preussische Volk, das in seiner überwiegenden Mehrheit republikanisch sei (Widerspruch rechts), werde sich das nicht bieten lassen. Die Regierung werde alle Nachmittel anwenden, um hochverräterische Unternehmungen niederzurufen. (Stürmische Protestkundgebungen rechts; anhaltender starker Beifall und Händeklatschen in der Mitte.)

Abg. Steinhoff (Dnat.) erklärt, seine Partei lehne den Rotet schon aus der Einstellung gegen das System Braun-Seering ab. Dazu käme jetzt das Torachen aus Anlaß des sogenannten Rechtsputsches. Die Maßnahmen stellten lediglich einen Wandbarm dar, um zunächst die Tatsachen zu verdecken, daß wir vor einer zweiten Revolution, vor einem roten Aufbruch stehen. Die öffentliche Meinung werde durch den Potemkinismus aufgeregt. Man gehe aber gegen alle diesen Unfug nicht vor. Die Kommunisten schaffen Organisationen in der Beamtenwelt. In den Arbeiterbetrieben bestehen Betriebszellen kommunistischer Organisationen. Man verucht die Forderung der Polizei und will zuletzt an die Reichswehr herangehen. Es hat sich herausgestellt, daß die Maßnahmen des sogenannten Wehrartikels in den vaterländischen Verbänden reine Abwehrmaßnahmen gegen den roten Terror gewesen sind. Es besteht eine ungeheure Erregung in der Industrie. (Huhu-Rufe links.) Auch in der Landwirtschaft des Westens herrscht große Aufregung wegen des Vorgehens gegen den Freiherrn v. Lünigen. Herr Braun hat einen beschlagnahmten Brief zitiert, der den Reichspräsidenten für eine Diktatur gewinnen will. Dieser Brief ist gar nicht abgehandelt worden. Es handelt sich um einen Entwurf, auf den die Polizei hereinfallen ist. Auch gegen den verdienten Admiral v. Schröder ist man in unerhörter Weise vorgegangen. Man wollte mit alledem ablenken von dem Feindfall mit dem unfehlbaren Mittel des Generalsstreiks in England. (Gelächter links.) Das letzte Ziel ging dahin, endlich die sozialdemokratische Politik durchzuführen, aus der Reichswehr eine Miliz zu machen. (Ludendorffs Unruhe im Hause.) Das ist ja klar ausgesprochen worden in Magdeburg auf dem Reichsbanner tag. Es wurde dort ja gesagt, daß wir den Faschismus hätten, wenn das Reichsbanner nicht da wäre. Der Kampf, der von der preussischen Regierung vom Jaun gebrochen ist (Lachen in der Mitte und links), ist tatsächlich der Kampf gegen die Reichswehr. Es handelt sich nicht um einen Putsch der vaterländischen Verbände, sondern um

einen Putsch der preussischen Regierung (stürmische Gelächter links), um einen Putsch der Polizei-gewalt gegen die Reichswehr. An der preussischen Krankheit leidet das ganze Deutsche Reich. Wir werden nicht nachlassen, das System Braun-Seering zu bekämpfen und halten an unserem Mißtrauen fest. (Beifall der Rechten, Lachen und Gegenkundgebungen links.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Die kommunistische Fraktion wollte vor einigen Tagen schon das Verbot der kommunistischen gestrigen Gegendemonstration erörtern. Durch Gegendemonstrationen hätten die nationalpolitischen Umzüge in Berlin, an denen sich nur ein winziges Häuflein beteiligte, nur eine Bedeutung bekommen, die sie gar nicht verdienen. Es ist eine Grundregel der Politik, den Gegner, der sich blamieren will, nicht daran zu verhindern. Aber über Kleinigkeiten soll hier nicht gesprochen werden. Es handelt sich vielmehr um die Frage, ob der preussische Staat durch monarchistische Umtriebe bedroht ist oder nicht. Das Reichsgericht hat den Begriff der vorbereitenden Handlung zum Hochoerrat sehr weitgehend ausgebeugt. Das Vorgehen der Polizei hat sich als begründet erwiesen. Ich will beweisen, daß in den Verbänden, gegen die die Polizei vorging und von den Verlonen, gegen die sich die polizeilichen Maßnahmen richteten, planmäßig der Hochoerrat an der Republik vorbereitet wird. (Beif. hört, hört rechts.) Aus den Briefen, die der Ministerpräsident verlesen hat (Zurufe rechts: Ohne Namen!)... Die Briefe waren selbstverständlich von Justizrat Claß, der der geistige Führer der Deutschnationalen und der Völkischen ist. Diese Briefe sind ganz eindeutig. Die aufgedruckte Rotverordnung ist gewiß irreführend. Unter den 30 Paragrafen der Rotverordnung werde ich allein nach 26 erwischen. (Heiterkeit.) Es wurde von der Polizei eine Menge Munition zu 98 Gewehren aufgefunden, die Gewehre aber nicht, weil der darüber befragte Hauptmann a. D. Seidel erklärt hat, er verweigere jede Auskunft, weil er nur der Reichswehr unterstellt sei.

Wer von einem drohenden Kommunismusputsch spricht, läßt bewußt.

Ehrhardt selbst hat anerkannt, daß an einen solchen Putsch gar nicht zu denken sei. Sollte der Kommunismusputsch doch kommen, so bedeute er keine Gefahr für den heutigen Staat. Der Redner verliest dann den Brief eines Mitgliedes des Alideutschen Verbandes an den Justizrat Claß, in dem Claß gebeten werde, den „neuerdings beschriebenen Weg“, der zu einer Entladung der überbelegten Kasse führen müsse, wie bei Hüler in München, zu verlassen, weil dadurch der Alideutsche Verband leiden könnte. — Justizrat Claß erklärt in seiner Antwort auf diesen Brief, die Alideutschen trügen sich nicht mit Putschplänen. Weiter heißt es: „Offenbar sind wir uns aber mit Ihnen nicht einig über den Begriff der völkischen Diktatur, die der Alideutsche Verband mit größter Anzweifelbarkeit fordert.“

Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß ein Putsch vielleicht vermieden wird, und daß eine Diktatur auf völligem legalen Wege auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung

errichtet wird.“ Weiter wird von den Alideutschen und insbesondere von ihrem Führer, dem Justizrat Claß, angestrebt, daß unter dem Ausnahmezustand

der Reichstag aufgelöst und so der Parlamentarismus beseitigt werde.

Einige Kreise innerhalb der Alideutschen hätten dabei die Auffassung, daß sie den Reichspräsidenten von Hindenburg noch für ihren ganzen Plan zu gewinnen vermöchten, während Herr Claß meint,

der Fall des Reichspräsidenten von Hindenburg sei hoffnungslos.

Hindenburg sei von sozial Weimarana umgeben und willenlos in ihrer Hand, daß man ihn zur Durchführung der völkischen Diktatur schlechterdings nicht gebrauchen könne. Claß nennt als einzigen, der diese völkische Diktatur durchzuführen könnte, Herrn Hugenberg und fügt hinzu, er sei

der einzige denkende Kopf in den ganzen Fraktionen der Deutschnationalen. (Große Heiterkeit.)

Kronprinz Rupprecht wird vom Justizrat Claß für rettungslos verschwärzt erklärt, so daß ein ehrlicher Alideutscher Mann auf ihn für seine Zwecke nicht mehr rechnen könne. In diesem Sinne werden noch einige andere prominente Persönlichkeiten der Rechten behandelt.

Der gesamte Plan der Alideutschen ist aber von Anfang bis zu Ende Hochoerrat. (Stürmische Zustimmung links.)

Den Ausnahmezustand zu verhängen, um unter seinem Schutze die Verfassung zu beseitigen, das wäre bereits Hochoerrat. Sollte sich ein Reichspräsident finden, der aus diesem Grunde den Ausnahmezustand verhängt, dann sei schon heute erklärt, daß jede verfassungstreue Regierung die Pflicht hat, sich diesem Ausnahmezustand nicht zu fügen, sondern sich zu widersetzen (Hört, hört! rechts) und jeder Republikaner hätte die Pflicht, gegen einen solchen Ausnahmezustand sich mit allen Mitteln zu widersetzen. (Beifallige Zustimmung links.) Kein Mensch hat aber irgendeinen begründeten Anlaß, an der Verfassungstreue des Reichspräsidenten zu zweifeln. Und der Brief des Justizrats Claß an den Major von Hindenburg, den der Abg. Steinhoff hier bekanntgegeben hat, ist nach nicht in der Presse veröffentlicht worden. Diese Behauptung des Herrn Steinhoff ist unwohr. In den Führerbefehlungen der Reichsverbände sei deutlich hervorgehoben worden, daß,

wenn es mit Hindenburg nicht geht, es eben ohne den Alken gehen müsse, und daß dann nach seinem Rücktritt der neu zu wählende Reichskanzler an seine Stelle zu treten hätte, also etwa Herr Dr. Neumann oder sonst wer.

Wenn so eindeutig der Verdacht des Hochoerrats vorliegt, ist es für die Polizei eine Pflicht, auch Hausdurchsungen bei jenen Kreisen vorzunehmen, die eventuell als Selbgeber in Frage kommen. (Lärm rechts und Zurufe: Beweisen!) Ich habe hier das

Protokoll einer Führerbefprechung.

Es handelt sich um eine Führerbefprechung in Berlin im Hause Kliefstraße 39, wo der Rationalverband Deutscher Offiziere ein Heim hat. Die Einladungen gehen vom Obersten von Lud aus. Auf der Einladung ist ausdrücklich vermerkt: „Keinen Begleiter mitbringen und keine Vertreter schicken, da nur die Führer selbst teilnehmen sollen.“ Unter den Erschienenen zu dieser Befprechung befand sich auch der Major von Sodenstern, der Chefredakteur des „Deutschen Zeitung“, ferner Oberst Bode, Oberst Lud, ein Vertreter des Jungdeutschen Ordens, des Rationalverbandes Deutscher Offiziere und des Werwolfs. Lud erklärte den Herren, es handle sich um die Wahl eines einheitlichen Führers für den Fall notwendiger militärischer Maßnahmen in Berlin „zur Abwehr des bekannten Kommunismusputsches“. (Gelächter links.) Der Führer der vaterländischen Verbände, Friedrichs, hätte zwar bereits einen Führer, der nach außerhalb der Bewegung stehe und dessen Name noch nicht genannt werden solle — ich weiß nicht, warum die Herren den Namen des Generals von Lüttich nicht nennen wollten. (Heiterkeit.) Die Verfassung lehnte aber die Wahl dieses ungenannten Führers ab und wählte einstimmig den Obersten von Lud, der erklärte, daß er bereits mit den zuständigen Reichswehrstellen die notwendigen Vereinbarungen getroffen habe. (Beif. hört, hört!) Das Zusammenarbeiten mit der Reichswehr müsse aber verdeckter erfolgen, worauf die Reichswehr selbst den größten Wert lege. (Zuruf rechts: Woher haben Sie das?) Aus der Umgebung des Majors von Sodenstern, und die Idee, die Arbeiter auf die Straße zu werfen, um damit im geeigneten Augenblick Unruhen zu entfesseln, wird ebenfalls vorgelesen vom Major von Sodenstern. (Hört, hört! links.) Es heißt nämlich in dem Protokoll: „Falls die Unruhen sich nicht von selbst einstellen, müssen sie eben mit allen Mitteln künstlich provoziert werden. Die Großindustrie müsse veranlaßt werden, im gegebenen Moment möglichst große Arbeitermassen auf die Straße zu werfen.“ (Beif. hört, hört!) Oberst v. Lud erklärte seine Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen Sodensterns und versprach, diese Gedankengänge den zuständigen Reichswehrstellen zu unterbreiten. Reichswehrminister Gehler mißbilligt unter allen Umständen die Verbindung der Reichswehr mit politischen Verbänden, und man darf annehmen, daß Herr v. Seekt auf dem gleichen Standpunkt steht, so führt der Redner weiter aus. Das ändert nichts daran, daß

zwischen einer großen Anzahl von Kommandostellen der Reichswehr und Teilen der Wehroverbände fortwährend planmäßig zusammengearbeitet wird,

um für den Fall eines Putschs eine gefügige Armee zu haben. Major v. Jedlich-Wartenberg, der auf Privatdienstvertrag bei der Reichswehr angestellt ist, ist für Berlin Mittelsmann zwischen Verbänden und Reichswehr. Er führt von den Wehroverbänden in gewissen Zeitabständen mehrere hundert Mann aus, die

in Wüdnorf für die Hochoerratsarmee ausgebildet

werden. Nun ist das Schlimmste das, daß wir nicht mehr wissen, wie im Falle eines Hochoerrats die Reichswehr selber sieht. Abgesehen von der Obersten Spitze kann man nicht wissen, was im Ernstfalle Unterbefehlshaber machen werden. Es werden ja

bei der Reichswehr nur noch Leute eingekleidet, die ein ausführliches Führerzeugnis der Wehroverbände besitzen. (Beif. hört, hört!)

Ich habe in meinem Besitz ganze Stapel von Schreiben, in denen die Reichswehr zurückfragt, so z. B. beim Sportverein Olympia: „Sie haben uns den... zur Einstellung in die Reichswehr empfohlen. Es fehlen aber außer der Mitgliedsbescheinigung und der Bescheinigung über körperliche Eignung das notwendige ausführliche Gutachten über zweifelloste vaterländische Gesinnung. Wir bitten Sie, uns ausführlich zu berichten, ob nach Ihrer Kenntnis des jungen Mannes und seiner Familie es sicher ist, daß er auf völligem Boden steht!“ (Stürmische Zurufe links.)

So schreiben die amtlichen Reichswehrstellen an jetzt aufgelöste Sportvereinigungen. Da gestatten Sie mir vielleicht eine Frage an den Herrn Abg. Wulle. Er hat bei seiner Auslage vor dem Fremden-Untersuchungsausschuß erklärt, die deutsch-völkische Freiheitspartei habe mit der Schwarzen Reichswehr nichts zu tun gehabt und nichts zu tun haben wollen, weil sie im Zweifel gewesen sei, ob diese Schwarze Reichswehr nicht im Ernstfalle mit der regulären Reichswehr in verfassungstreuem Sinne zusammenhalte. Ich möchte gern vom Herrn Abg. Wulle wissen, ob er jetzt dieses etwas zu weitgehende Vertrauen in die Verfassungstreue der Reichswehr verloren hat und sich jetzt der Reichswehr, von seinem hochverräterischen Standpunkte aus... (stürmische Unterbrechungen rechts und Zurufe bei den Völk: Jubelstimmeln! Staatsbetrüger! Hochoerräter von 1918! — Vizepräsident Warnich ruft den Redner und die Zwischenrufer zur Ordnung).

Sich kann leider nicht bestreiten, daß der Ordnungsruf des Herrn Präsidenten von seinem Platte aus berechtigt ist. Aber ich bitte, fragen zu dürfen, ob es einen Menschen in diesem Hause gibt, der der Meinung wäre, daß die vom Herrn Wulle zu bezeichnende Zeugenaussage im Gemeindefuß einen anderen Sinn haben könnte als den, den ich ihr beilege. (Neue Unterbrechungen rechts und links: Juden raus! — Gegenüberstellungen links.) Der Redner verweist auf die dauernden Waffensunde. Erst gestern wieder kam eine solche Meldung aus Altona über fünfzig Maschinengewehre und sonstige Waffen. Ganz offen würde zum Bürgerkrieg gerufen, und zwar mit Militärwaffen. So stand in Rathmer eine Besprechung an, in der der Anlauf von Gewehren besprochen werden sollte. Waffenfabriken sind außerordentlich beschäftigt mit der Anfertigung von Kleinkalibergewehren, wie es in den Berichten der Betriebe heißt. Der Regierung sei zu danken für die Energie, mit der sie die den hochverräterischen Unternehmungen entgegengetreten sei. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Kiebel (Dem.) be dauert, daß dieser Notetat überhaupt nötig wurde. Es sei dafür zu sorgen, daß der eigentliche Etat rechtzeitig fertiggestellt werde. Wenn man sich die Clay-Briefe ansehe, in denen von dem verderblichen Einfluß Streichmanns gesprochen wird, so sei die Verteidigung völkischer Unternehmungen durch die Deutsche Volkspartei noch unvollständiger, und das um so mehr, als in diesen Briefen auch die Person des Reichspräsidenten Hindenburg herabgesetzt werde. Die Linksrevolution werde immer an die Wand gemalt. Damit wolle man die Volksgesundheit von rechts nur verschleiern. Das zeige auch ein Zitat des Werwolfs vom 24. April, in dem zur Selbsthilfe aufgefordert wird. Wenn man sich weiter des Aufmarsches des Sportvereins Olympia vor den Autobahnen erinnere, bei dem der Presse nahegelegt wurde, die Anwesenheit von Reichswehroffizieren nicht zu erwähnen, so sei das auch recht deutlich. Auch Herr Steinhoff habe in Potsdam unter dem Beifall seiner Freunde zum aktiven Vorgehen aufgefordert. Der Redner lehnt jede Unruhe ab, komme sie von rechts oder links. Die Kapp-Regierung habe acht bis zehn Rama zu einem Gewerkschaftler geschickt; jetzt aber sei die Aufregung so groß über die Hausdurchsuchungen. Die Hugenberg-Presse schreie ihren Daseinszweck darin zu erblicken, die Republik Tag für Tag verächtlich zu machen. Unser Volk aber, das solange haben leiden müssen und noch leiden, habe Anspruch auf Ruhe und Erholung. An der sozialen Not solle man nicht die Parteiluppe locken. Die Republik müsse ihren Freunden zeigen, daß sie nötigenfalls auch Hörner und Zähne hat. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Schwan (Wirtsch. Bg.) ist gleichfalls der Ansicht, daß alle Störungen für das Wirtschaftliche vermieden werden müssen. Die Ruhe sei aber gestört worden durch die Maßnahmen der Polizei. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wulle (Wirtsch.) meint, die heutigen Ausführungen des Ministerpräsidenten ständen auf demselben Niveau, wie die seinerzeitige, daß Ludendorff im Hiler-Putsch auf dem Bauche gelegen habe, und die als Lüge festgesetzt wurde. Mit dem heutigen „Material“ sei es ebenso bestellt wie mit dem „zentralschweren Material“ des Ministers Severing, das 1923 zum Verbot der Völkischen führte. Damals sei das Material dem Staatsgerichtshof zugestellt worden mit dem Ergebnis, daß der Staatsgerichtshof erklärte, die erhobenen Beschuldigungen seien nicht zu halten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Um 1/2 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr; außerdem: Kleine Vorlagen.

Regierungserklärung am Mittwoch. Besprechungen mit den Parteiführern.

Reichskanzler Marx empfing gestern nachmittag die Parteiführer der Reichstagsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen. Gegenstand der Besprechung war die Regierungserklärung, die voraussichtlich am Mittwoch in der Reichstags-Sitzung abgegeben werden wird.

Die demokratische Reichstagsfraktion stellte in ihrer gestrigen Sitzung fest, daß ihr bei der Regierungsbildung keinerlei Bedingungen gestellt worden seien, insbesondere auch nicht solche, die die „Anerkennung“ der Flaggenerordnung betreffen. — Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschloß, ihre Haltung von der Regierungserklärung abhängig zu machen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt gestern eine Sitzung ab, die heute fortgesetzt werden soll.

Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Kempner, hat sein Amt zur Verfügung gestellt. Von rechts sind Treibereien im Gange, ihn im Amt zu erhalten.

Hermann Müller. Zu seinem 50. Geburtstag.

Zwischen Ausschuhberatungen, Plenarberatungen, Fraktions-Sitzungen, Besprechungen, Konferenzen begeht Genosse Hermann Müller heute seinen 50. Geburtstag. Er wird bis in die späten Abendstunden für ihn nichts anderes sein, als einer jener vielen Arbeitstage, die nur ein Mann von seiner außerordentlichen Kraft bewältigen kann. Aber nichts ist für ihn kennzeichnender, als diese Art, seinen Geburtstag zu feiern. Ist doch sein ganzes Wesen in wenigen Worten ausgedrückt: Dienst in großem Sinne, Aufgehen des Persönlichen im Sachlichen. Die Sachlichkeit ist seine Leidenschaft, die Aufspeicherung von Tatsachen im Gedächtnis, aber auch ihre blitzschnelle kritische Würdigung und praktische Auswertung im Interesse des Ganzen ist sein Element. Das Vertrauen, das er bei den Massen, die hohe Achtung, die er in allen politischen Kreisen genießt, verdankt er nur soliden Eigenschaften; er hat keinen Respekt vor Blendern und hat nie versucht, selber einer zu sein. Dennoch schon als Dreißiger Mitglied des Parteivorstandes, als Vierziger Außenminister und Reichskanzler — welcher Gleichaltrige blüht auf eine gleiche Summe von Erfahrungen zurück? Rücktritt vom Amt bedeutet kein Ausspannen, nur ein Umstellen auf die Arbeit des Partei- und Fraktionsvorsitzenden, es gibt keine Pause — es ist alle Tage Dienst für die Republik und den Sozialismus. Und bei alledem bleibt ihm doch immer noch Zeit, ein prächtiger, humorbegabter, für die großen Güter der Kultur wie für die kleinen Freuden des Lebens empfänglicher Mensch zu bleiben. Ihm Glück wünschen heißt, ihm auch weiter Kraft und Erfolg wünschen bei der Arbeit für ein großes Ziel, das uns allen gemeinsam ist.

Zentrums-Arbeiterstimmen.

Köln, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Eine Bezirksstagnung der katholischen Arbeitervereine, die am Sonntag in Köln tagte, schloß zur Fürstenabfindung einstimmig eine Entschiedenheit, in der vom Reichstage ein Gesetz verlangt wird, das mit aller Schärfe vor allem zwei Tatsachen Rechnung tragen muß: 1. der allgemeinen Volksverarmung und Volksnot; 2. der bekanntgewordenen Verbindung des Hohenzollernpaares (Wilhelm II. und Hermine) mit republikfeindlichen Umstürzern in Deutschland.

Noch keine Krisenlösung in Belgien. Nachdem der Sozialist Brunet endgültig auf die Kabinettsbildung verzichtet hat, hat der König den Radikalführer Japar, den früheren Außenminister, berufen. Dieser hat sich eine Entschiedenheit vorbehalten.

Das gefälschte Churchill-Zitat.

Wie Admiral v. Trotha die Dolchstoß-Vöge konstruierte. — Eine Erklärung von Winston Churchill an den „Vorwärts“.

Der Untersuchungsausschuh zur Prüfung der Vorgänge in der deutschen Marine während des Krieges tritt nach längerer Pause heute wieder zusammen, um zunächst ein Gegenreferat des völksparteilichen Abgeordneten Brüninghaus gegen das Referat des Genossen Dittmann entgegenzunehmen. Der Ausschuh wird sich zweifellos auch mit nachstehenden neuen Tatsachen zu befassen haben:

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 25. Januar hatte der kaiserliche Vizeadmiral a. D. v. Trotha unter dem Vorwand einer Zeugenaussage eine Rede gehalten, die in der Behauptung gipfelte, daß durch die Matrosenrevolte Ende Oktober 1918 ein entscheidender Vorstoß der gesamten deutschen Flotte verhindert worden sei, der die gesamte militärische Lage in letzter Stunde zugunsten Deutschlands verwandelt hätte. Diese Ausführungen wurden von den zahlreich anwesenden deutschnationalen Reichstagsabgeordneten mit stürmischen Hör!-Hör!-Rufen unterstrichen und die gesamte Rechtspreffe bemühte sie, um die Legende des Dolchstoßes wieder einmal breitzutreten. Zur wirksameren Bekräftigung seiner „Enthüllungen“ berief sich der Vizeadmiral a. D. v. Trotha u. a. auf den früheren englischen Marine-Minister und jetzigen Schatzkanzler Winston Churchill, den er gewissermaßen als Kronzeugen für die Dolchstoßtheorie heranzog. Wir bringen hier zunächst das amtliche Stenogramm der betreffenden Stelle seiner Zeugenaussage:

Abg. Dr. Rosenberg: Habe ich Sie richtig verstanden, daß als Ziel des Vorstoßes doch nur ins Auge gefaßt war, einerseits die rechte Flanke der Landarmee zu entlasten und andererseits das Transportwesen und somit die Schlagkraft der englischen Flotte zu schädigen (Zeuge Vizeadmiral v. Trotha: Ueber den Haufen zu werfen), daß es aber nicht in den Bereich der Möglichkeit gezogen war, durch diesen Vorstoß die englische Seeherrschaft als solche, die auf der überlegenen englischen Schlachtflootte beruhte, zu brechen?

Zeuge Vizeadmiral von Trotha: Es ist nicht ganz leicht, zu antworten. (Heiterkeit.) Es handelte sich ja darum, ob die Engländer kamen. Aber wenn die Engländer gekommen wären, so hätten wir alles so vorbereitet, daß wir es auch für unsere Pflicht gehalten hätten, mit der Flotte uns voll einzusetzen, und wir waren der innersten und festesten Ueberzeugung, die sich heute aus der Entente-Preffe noch verklärt hat, daß wir der englischen Macht einen ganz gewaltigen Stoß gegeben hätten.

Und um dieses Beispiel von Churchill zu nehmen: „Je weiter man hineinsieht in die Geschicke, um so klarer sieht man, an wie einem dünnen Seidensädchen die Entscheidung in den letzten Tagen gehangen hat (Bewegung und lebhafter Rufe rechts: Hör! Hör!) und dieses Fädchen ist zu unseren Gunsten gerissen, weil drüben die Stimmung des Volkes“ — ich sage es aus dem Gedächtnis — „nicht zusammenhielt.“

Die gesamte nationalistische Presse hat dieses Churchill-Zitat, das allerdings nicht ohne Bedeutung wäre, zumal das geistige Arsenal der Dolchstoßpropagandisten außerordentlich dürftig ist, in größter Aufmachung wiedergegeben.

Uns kam dieses Zitat von vornherein sehr verdächtig vor. Da es uns trotz Rückfragen bei verschiedenen maßgebenden Berliner Stellen nicht gelungen war, dieses Zitat nach seinem Ursprung und seinem Sinne zu kontrollieren, beschloßen wir, ein Mittel anzuwenden, das um so berechtigter war, als sich gerade die kaisertreuen Nationalisten nicht scheuten, mit Hilfe des Urteils eines der erbittertesten Gegner Deutschlands im Weltkriege das deutsche Volk zu beschimpfen. Die Redaktion des „Vorwärts“ richtete am 26. Januar an den jetzigen Schatzkanzler Winston Churchill einen Brief, in dem sie um folgende Auskünfte bat:

1. Wo, wann und in welchem Zusammenhang haben Sie die vom Vizeadmiral von Trotha zitierten Worte gebraucht? Bezogen Sie sich wirklich auf die letzte Phase des Krieges, also auf die Zeit nach der deutschen Bitte um Waffenstillstand? Oder meinten Sie damit vielleicht die Frühjahrsoffensive von 1918 gegen Amiens? (Das war nämlich die Vermutung der „Vorwärts“-Redaktion, weil bekannt ist, daß die Engländer diesen Zeitabschnitt des Krieges heute noch als den für sie gefährlichsten ansehen.)

2. Nachdem Vizeadmiral von Trotha Ihr Zeugnis in diesem Zusammenhang angerufen hat, sind Sie ebenfalls der Auffassung, daß die deutsche Flotte imstande gewesen wäre, noch Ende Oktober oder Anfang November 1918 der britischen Flotte einen entscheidenden Stoß zu verlegen?

Nach einiger Zeit erhielten wir folgende Antwort:

Treasury Chambers, Whitehall SW., 20. Februar 1928.
Sehr geehrter Herr!

Mr. Churchill hat mich ersucht, den Empfang Ihres Briefes vom 26. Januar zu bestätigen und Ihnen sein Bedauern für die Verzögerung seiner Beantwortung auszudrücken.

In Erwiderung auf die von Ihnen gestellten Fragen ersucht mich Mr. Churchill, Ihnen nachfolgende Antworten zu senden:

1. Das Zitat, das Sie erwähnen, kommt in einem Zeitungsartikel vor, der wenige Wochen nach Beendigung des Krieges geschrieben wurde und im „Sunday Pictorial“ vom 12. Januar 1919 erschienen ist. Der englische Text lautet wie folgt:

The more one knows about the struggle, the more one realises on what small, narrow, perilous margins our success turned.

(Je mehr man über den Weltkrieg erfährt, desto mehr begreift man, an welchem schmalen, knappen und gefährlichen Rand unser Sieg gehangen hat.)

Sie werden bemerken, daß die Worte „in den letzten Tagen“ zu Unrecht in die von Ihnen zitierte Version hineingeschoben worden sind.

Diese Bemerkung bezog sich nicht auf die Ereignisse vom Oktober und vom November, sondern auf den Feldzug, der in den Jahren 1916 und 1917 in Deutschland zugunsten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges geführt wurde. Der Entschluß zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg wurde das Eingreifen der Vereinigten Staaten und war infolgedessen ein entscheidender Wendepunkt des Krieges.

2. Im Herbst 1918 war ein wichtiger Teil der amerikanischen Schlachtflootte zu der britischen Schlachtflootte und ihrem bereits sehr großen zahlenmäßigen Uebergewicht gestoßen. Eine einfache Aufzählung der Schlachtschiffe vom Ueber-Dreadnought-Typ auf beiden Seiten offenbart den großen Stärkeunterschied — größer als zu irgendeiner Zeit während des Krieges —, der in dieser Schlupphase bestand.

Mr. Churchill hat mich ermächtigt, diese seine Ansicht, die rein persönlichen Charakter trägt, im Interesse der historischen Wahrheit zum Ausdruck zu bringen.

Hochachtungsvoll

E. Marsh.

Aus diesem für den Vizeadmiral a. D. v. Trotha und die Seinen vernichtenden Dokument geht hervor, daß Herr v. Trotha, der sich freiwillig beim Ausschuh gemeldet hatte, um eine eidliche Zeugenaussage zu machen, sich nicht geschämt hat, seine These des Dolchstoßes mit einem gefälschten Zitat von Churchill zu bekräftigen. Diese Fälschung ist um so gravierender, als die Worte „in den letzten Tagen“, die mit besonders lauten Hör!-Hör!-Rufen der deutschnationalen Untertrichen wurden, die ganze Tendenz der tatsächlichen Äußerung Churchills auf den Kopf stellten. Die Worte Churchills waren in Wirklichkeit eine fürchtbare Anklage gegen die deutsche Heeres- und Marineleitung. Sie bestätigten deutlicher als es jemals geschehen ist, die fürchtbare Schuld derer, die uns in den Wahnsinn des rücksichtslosen U-Boot-Krieges hineingeht haben. Churchill sagt in dürren Worten: Die Entente hat den Krieg nur gewonnen, weil es der deutschen Regierung gelungen ist, durch den rücksichtslosen U-Boot-Krieg Amerika zur Aufgabe seiner Neutralität zu veranlassen!

Daraus macht aber der Zeuge v. Trotha mit seinem Fälschertumskunststück ein Argument für die Dolchstoßlüge, die die Hofprediger des U-Boot-Krieges gegen das deutsche Volk nachträglich erfunden haben!

In unserer Anfrage an Churchill hatten wir an der Hand des Sitzungsberichtes den Schlußteil dieses „Zitates“ zunächst nicht erwähnt. Und, obwohl es kaum zweifelhaft war, daß die weiteren Worte: „und dieses Fädchen ist zu unseren Gunsten gerissen, weil drüben die Stimmung des Volkes nicht zusammenhielt“ ebenfalls eine Fälschung darstellten, wollten wir den Zeugen von Trotha nur auf Grund einer lückenlosen Beweisführung entlarven. So schrieben wir ein zweites Mal an den englischen Schatzkanzler, machten ihn auf jene Lücke in unserer ersten Anfrage aufmerksam und ersuchten ihn um eine Rückäußerung über den Schluß des „Zitates“. Daraufhin erhielten wir nachstehende Antwort:

Treasury Chambers, Whitehall SW., 10. März 1928.
Sehr geehrter Herr!

Ich habe Ihren Brief vom 2. d. M. erhalten und ihn abermals mit dem Artikel von Mr. Churchill im „Sunday Pictorial“ vom 12. Januar 1919 verglichen. Ich kann darin keine Spur jener weiteren Worte entdecken, die ihm, wie Sie mir jetzt mitteilen, vom Vizeadmiral von Trotha in den Mund gelegt worden sind.

Diese Worte erscheinen demnach als eine reine Erfindung. Das einzige Bruchstück des Artikels, das überhaupt in Frage kommt, ist der Satz, den ich Ihnen bereits in meinem ersten Brief gefaßt habe.

Ging demnach aus dem ersten Brief hervor, daß Admiral v. Trotha einen sehr willkürlich durch die raffinierte Dolchstoßlüge zurechtgemacht hatte, so zeigt der zweite Brief, daß er, um seine erste Fälschung plausibler zu machen, drei weitere Zeilen glatt hinzuge-dichtet hat. Die Einschränkung, daß er „nur aus dem Gedächtnis“ zitiere, ist angesichts dieses Tatbestandes nur von geringer Bedeutung; denn er hat nicht „so ungefähr“ zitiert, wie man es manchmal aus dem Gedächtnis tut, ohne sich für jedes Wort verbürgen zu können, sondern er hat, unbekümmert um seinen Zeugeneid, einfach darauf los-gedichtet.

Nach diesen Feststellungen können wir es der öffentlichen Meinung überlassen, ein Urteil über die Gewissenhaftigkeit zu fällen, mit der jener frühere hohe Offizier der kaiserlichen Marine eidliche Aussagen macht, sobald die politische Weisheit sein Handeln mitbestimmt. Zur Sache selbst sei noch auf Grund des ersten Briefes von Churchill folgendes bemerkt:

Was den angeblich geplanten gewaltigen, entscheidenden Vorstoß der deutschen Flotte in den letzten Tagen des Weltkrieges betrifft, der uns volle drei Wochen nach der topflosen Bitte Ludendorffs um Waffenstillstand, nach dem Zusammenbruch Bulgariens, im Augenblick der völligen Auslöschung der Donaumonarchie und beim schändlichen Zurückweichen der deutschen Westfront den Sieg noch bringen sollte (!!), so handelt es sich um eine solche irrsinnige Behauptung, daß nur politische Kinder darauf hereinfallen können. Indessen ist es nicht uninteressant, aus dem Zeugnis von Churchill zum erstenmal zu erfahren, daß die Ueberlegenheit der englischen Schlachtflootte am Ende des Krieges größer denn je war, zumal ein wichtiger Teil der amerikanischen Schlachtflootte bereits in englischen Gewässern lag. Unter diesen Umständen wird die Ueberzeugung zur Gewißheit, daß der hinter dem Rücken des Reichskabinetts von der Marineleitung geplante Flottenvorstoß nicht nur eine unverantwortliche politische Katastrophe gewesen wäre, sondern außerdem mit einem sinnlosen Abschichten der deutschen Schiffsmannschaften geendet haben würde.

Kundgebung gegen den Faschismus.

Die Abg. Ellenbogen-Wien und Saenger-München vor einer Berliner Massenversammlung.

Die Kundgebung gegen den Faschismus, die vom Berliner Bezirksverband unserer Partei für gestern Abend in die „Neue Welt“ einberufen war, gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Bekenntnis, den faschistischen Machtgelüsten mit allen Mitteln zu begegnen.

Genosse Dr. Ellenbogen (Wien), der alte Vorläufer der österreichischen Sozialdemokratie, behandelte unter lebhafter Zustimmung und stürmischen Beifall die internationale Erscheinung des Faschismus und beleuchtete besonders eingehend die blutbesiedelte Werra der italienischen Faschistenherrschaft. Nach ihm sprach Genosse Alwin Saenger (München), der sich vorzugsweise mit den faschistischen Organisationen Deutschlands beschäftigte.

Wir kommen auf die Kundgebung und die beachtenswerten Darlegungen der beiden Redner noch ausführlich zurück.

Gewerkschaftsbewegung

Um die Erwerbslosenunterstützung.

Sozialdemokratische Interpellation im Reichstag.

Die Reichsregierung hatte nach einer Fühlungnahme mit den Ländern versucht, auf dem Verhandlungswege das gegenwärtige System der Erwerbslosenunterstützung zu ändern und mit der Einführung von Lohnklassen gleichzeitig die Unterstützungsätze für weite Kreise der Arbeitslosen herabzusetzen. Da die Geltungsdauer der letzten Verordnungen am 1. Mai abgelaufen war, so mußte schnell gehandelt werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb eine dringliche Interpellation eingebracht. Durch ihr Vorgehen war der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags gezwungen, zu der Situation Stellung zu nehmen. Während die Kommunisten sich darauf beschränkten, der Reichsregierung ihre Mißbilligung auszusprechen, stellten die Sozialdemokraten den positiven Antrag, die Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge zunächst unverändert bis Ende Juni 1926 zu verlängern. Dieser sozialdemokratische Antrag fand schließlich die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags, d. h. die geplante Verordnung des Arbeitsministeriums kann bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht in Kraft gesetzt werden. Inzwischen wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstagsausschuss dafür sorgen, daß auch bei der Ende Juni zu erwartenden neuen gesetzlichen Regelung keine Verschlechterungen eintreten, sondern im Gegenteil die noch bestehenden Härten der Verordnungen beseitigt werden.

Ein Jubiläum des Lithographenverbandes.

Am heutigen Tage ist der frühere Hauptkassierer des Verbandes der Lithographen, Steinbruder und verwanter Berufs, Wilhelm Brall, 70 Jahre alt geworden. Der Jubilar ist in Schönwalde bei Berlin geboren und wurde Steinbruder. Im August 1885 trat er dem neugegründeten Fachverein der Steinbruder und Lithographen zu Berlin bei und ist bis zum heutigen Tage seiner Organisation treu geblieben. Nach 10-jähriger Mitgliedschaft im Verbandsrat, der sich inzwischen aus der Vereinigung der lokalen Fachvereine gebildet hatte, wurde Wilhelm Brall mit dem Amte als Hauptkassierer betraut, das er neben seiner Berufstätigkeit neun Jahre lang ehrenamtlich bis zum Jahre 1904 versah. Die Generalversammlung des Verbandes in Dresden wählte ihn dann zum besoldeten Hauptkassierer. Bis zum Jahre 1922 hat Brall sein Amt ausgeübt, von dem er dann nach 27-jähriger Kassierertätigkeit befreit und ihm ein Ehrenlohn vom Verbandsrat ausgesetzt wurde. Wir schließen uns dem Wunsch seiner Kollegen an, daß er noch manches Jahr in guter Gesundheit verleben möge.

Aus dem Beamtenwirtschaftsverein.

Die Leitung des Beamtenwirtschaftsvereins hat durch ihr Verhalten den Streik der Bäcker ihres Vereins heraufbeschworen. Die Verwaltung hat sich angemessen, auch über die Freizeit der Bäcker zu bestimmen. Wenn noch etwas zu dem Bilde fehlt, das die soziale Einstellung der Leitung dieser Konsumgenossenschaft bietet, dann wird es durch das folgende Schreiben beigebracht:

„Da Sie vom 23. Januar bis 10. April d. J. gefehlt haben und seit dem 17. April wiederum infolge Krankheit Ihrer Arbeit ferngeblieben sind, müssen wir Ihnen leider das Dienstverhältnis zum 21. Mai kündigen.“

Hochachtungsvoll

Beamtenwirtschaftsverein Berlin.
Thürnagel.

Der Arbeiter, der diese Kündigung per Einschreiben erhalten hat, ist am 23. Januar in der Bäckerei des Beamtenwirtschaftsvereins verunglückt und leidet heute noch an den Folgen seines Unfalls, so daß er von der Berufsgenossenschaft als Kranker behandelt wird. Seine gelunden Knochen hat er dem Beamtenwirtschaftsverein geopfert und nun wird er „rechtzeitig“ entlassen, offenbar damit die Betriebskrankenkasse durch die Folgen dieses Unfalls nicht zu lange und zu oft in Anspruch genommen wird.

Betriebsratswahl in den Bergmann-Elektrizitätswerken.

Am 10. und 11. Mai fanden in den Bergmann-Elektrizitätswerken in Rosenthal die Wahlen zum Betriebsrat statt. Die Firma bemühte sich außerordentlich, durch weitgehende Schonung der Deutschholländischen bei dem zweimaligen Abbau der Belegschaft und durch eifrige Benutzung des deutschen nationalen Nachwuchses eine Brezche in die freigewerkschaftlich organisierte Betriebsvertretung zu schlagen.

Trotz dieser eifrigsten Bemühungen war das Wahlergebnis eine unangenehme Ueberraschung für die Direktion. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 2066 Stimmen, die des Vaterländischen Wertvereins ganze 142 Stimmen. Auf die Liste der freien Gewerkschaften entfielen 12 Betriebsratsmandate und 2 Ergänzungsmitglieder, die Gelben gingen völlig leer aus. Bei den Angestellten erhielt die Direktionsliste 76 Stimmen = 1 Betriebsratsmandat und 1 Ergänzungsmitglied, AfD und GdL gingen zusammen und erhielten 209 Stimmen = 2 Betriebsratsmandate und 4 Ergänzungsmitglieder.

Konferenz der Ruhrbergleute.

Zum englischen Streik und zur Knappschäftsnoelle.

Bochum, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Ortsgruppen-delegierten der Betriebsräte und die neu gewählten Generalversammlungsdelegierten des Bergarbeiterverbandes nahmen in einer Konferenz Stellung zu dem englischen Arbeiterkampf und der bisher getroffenen Maßnahmen der Organisationsleitung. Die Berichtserstattung über den Stand der englischen Bewegung und über die Unterstützungsaktion des Deutschen Bergarbeiterverbandes hatte das Vorstandsmitglied Schmidt übernommen. In der Diskussion stellten sich die Redner bis auf einen vollständig auf den Boden des Referenten. In seinem Schlusswort bemerkte Schmidt, daß wegen einer Reduzierung der Arbeitszeit für die Uebertagearbeiter der Verband im geeig-

neten Augenblick den Kampf aufnehmen würde. Auch werde der Verband in entschiedener Weise für ein gesetzliches Verbot der Ueberarbeit eintreten. Die von der Konferenzleitung vorgelegte Entschließung empfiehlt die Annahme der Reichskonferenzbeschlüsse, in welcher die getroffenen Maßnahmen der Verbandsleitung anerkannt werden. Es waren etwa 230 Delegierte anwesend. Gegen die Entschließung stimmten 9 Delegierte. Einen weiteren Diskussionsstoff bildete der augenblicklich aktuelle Kampf um die Reichskontrahentennoelle. Der Referent Viktor betonte, daß es gelungen sei, zwar einige Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen, denen aber so viele Verschlechterungen gegenüberständen, daß mit Recht die Reichskonferenz beschlossen hätte, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zuzustimmen, die die Annahme ablehnte. Die Konferenz beschloß einstimmig, die ablehnende Entschließung der Reichskonferenz gutzuheißen.

Immer noch 200000 Arbeitslose in Westfalen.

Bochum, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Westfalen und Lippe hat sich seit Ende Januar die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 200000 bewegt. Aus der Statistik geht hervor, daß es trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit bisher noch nicht möglich gewesen ist, diese Zahl wesentlich zu vermindern, ergeben sich die Schwierigkeiten der augenblicklichen Wirtschaftslage.

Sitzung der Abteilungs-Mieterobleute der SPD.

am Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Saal I

Tagesordnung: 1. Vortrag des Direktors Albert Kohn:
Die Wohnungsverhältnisse der Berliner Arbeiterklasse
2. Diskussion

Der Bezirks-Mieterausschuß der SPD.

Ruben, 1. Vorsitzender Gildemeister, Schriftführer

Bei der großen Sachkunde unseres langjährigen Direktors der Berliner Ortskonferenz und Vorsitzenden für eine gesunde Wohnungspolitik erwarten wir unbedingtes Erscheinen aller Funktionäre. Auch Nichtfunktionäre sind herzlich willkommen. Parteibuch legitimiert.

Die Bremer Kammern.

Die Arbeiter- und die Angestelltenkammer in Bremen gaben kürzlich die Berichte über ihre Tätigkeit im Jahre 1925 heraus. Das Wichtigste aus dem vielfältigen Tätigkeitsgebiet dieser in Deutschland noch einzigen Arbeiterkammern soll hier erwähnt werden. Im Bericht der Angestelltenkammer wird zunächst die verfehlene Reichsfinanz- und Reichswirtschaftspolitik einer scharfen Kritik unterzogen. Es folgen dann einige allgemeine Abhandlungen über den Ansturm der Unternehmer gegen die Sozialpolitik, den Lohn- und Gehaltsabbau, die Unzulänglichkeit der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923, die eine baldige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erheische, den 7-Uhr-Abendklausur und die Sonntagsruhe, die Entwicklung des Tarifvertragswesens, das Schlichtungswesen, das Arbeitsgerichtsrecht, die Erwerbslosenfürsorge und die Sozialversicherungen. Der eigentliche Tätigkeitsbericht gibt einen Ueberblick über die Schritte, die die Kammer im Interesse der bremischen Angestellten unternommen hat. Die Kammer forderte Anfang des Jahres in einer Eingabe an den Senat die

gesetzliche Regelung des Lehrlingshaltens

im Handelsgewerbe, um die ausgedehnte Lehrlingszucht einzudämmen. Jedoch erst gegen Ende des Jahres, auf eine Erinnerung an ihre Eingabe, wurde der Kammer die Mitteilung, daß eine dementsprechende Verordnung in Vorbereitung sei. Eine ausführliche Tabelle der in der bremischen Industrie gezahlten Gehälter gibt Aufschluß darüber, daß diese noch bei weitem nicht dem realen Einkommen der Vorkriegszeit entsprechen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Retail- und Elektroindustrie wie auch bei den Seeschiffswerften waren während des gesamten Berichtsjahres sehr gering. Der Personalabbau bei den Banken hielt trotz einer wesentlichen Besserung der Geschäftslage weiter an. Ebenso griffen erhebliche Verschlechterungen durch Verzögerungen in niedrigeren Gehaltsklassen und dergleichen Platz. Trotzdem wurde von den Bankleitungen, insbesondere der Deutschen Bank, zur Geminnung von Lehrlingen bei den Schulvorständen, entgegen den tatsächlichen Verhältnissen, auf die „guten Einkommensverhältnisse und Aufstiegsmöglichkeiten“ bei den Banken hingewiesen. Durch den am 1. April 1925 erneuerten Reichsmanteltarif gelang es,

die Lage der Schiffsangestellten

etwas zu verbessern, doch konnte die Einzelüberstundenbezahlung nicht zurückgewonnen werden. Eine Eingabe an den Senat hatte den Erfolg, daß die bisher unethisch gehandhabte Offenhaltung der Kleinhandelsgehälter an Sonn- und Werktagen in den Festsätzen derart geregelt wurde, daß die Gehälter nur an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten und an den letzten sechs Werktagen vor Weihnachten bis 8 Uhr abends, mit Ausnahme des 24. Dezember, offengehalten werden dürfen. Ebenfalls wurde durch das gemeinsame Vorgehen der Angestellten- und Arbeiterkammer viel zur Besserung der Lage der Erwerbslosen im Bezirk Bremen beigetragen. Die Angestelltenkammer äußerte sich weiter gutwillinglich zu den Entwürfen des Arbeitslosen- und Arbeitsgerichtsrechts, zum Angestelltenversicherungsgesetz, zu Jugendchutzfragen, zur Beschäftigung farbiger Seeleute auf deutschen Schiffen und anderen wichtigen, die Arbeitnehmerchaft interessierenden Fragen. Neben der 1924 eingerichteten und sich gut bewährenden Lehrlings- und Beratungsstelle wurde eine Steuerberatungsstelle eingerichtet, die sich ebenfalls eines regen Zuspruchs erfreute. Auch hat die auf Veranlassung der Kammer

ins Leben gerufene Auslandsschule

ihre Schülerzahl innerhalb eines Jahres verdoppelt. Diese Schule, die neben den Kursen in Englisch und Spanisch neuerdings auch Kurse über russische Landeskunde und russische Sprache eingerichtet

hat, ist nicht nur ein reines Sprachinstitut, sondern vermittelt ihren Schülern auch das notwendige Wissen über die wirtschaftlichen, staatspolitischen und kulturellen Verhältnisse des Auslandes.

Der Bericht der Arbeiterkammer deckt sich im wesentlichen mit dem der Angestelltenkammer, da die Kammern zu den wichtigsten Fragen stets gemeinsam Stellung nehmen. Nach dem Bericht lag die Erwerbslosigkeit in Bremen seit April 1925 erheblich über dem Reichsdurchschnitt, in den Monaten August bis November sogar um mehr als 50 Prozent. Dies erklärt sich hauptsächlich aus der außerordentlich schlechten Beschäftigungsmöglichkeit auf den Werften und in der Automobilindustrie. Eine ebenfalls sehr ungünstige Entwicklung zeigte der zweitgrößte bremische Erwerbszweig,

der Seeschiffverkehr.

Trotzdem der bremische Seeschiffverkehr gegenüber 1913, gemessen an der Tonnage, um rund 25 Prozent zugenommen hat, betrug der Güterumschlag der ankommenden und abgehenden Schiffe nur 63,91 bzw. 45,96 Prozent des Umschlages von 1913. Die Ergebnisse der Untersuchungen über die Entwicklung des Reallohnes haben wir bereits in Nummer 228 wiedergegeben.

Alles in allem haben beide Arbeiterkammern auch in diesem Jahre erprießliche Arbeit im Interesse der Bremer Arbeiter- und Angestelltenchaft geleistet.

Internationale Arbeitskonferenz.

Die 8. und 9. Session der Internationalen Arbeitskonferenz werden dieses Jahr nacheinander in Genf stattfinden.

Die erste Konferenz beginnt am Mittwoch, den 26. Mai. Sie wird den Charakter einer gewöhnlichen Session tragen und sich mit dem allgemeinen Problem der internationalen Arbeitsorganisation befassen.

Die zweite Konferenz wird am Donnerstag, den 17. Juni, eröffnet werden und sich nur mit maritimen Fragen beschäftigen. Viele Staaten haben sich dahin ausgesprochen, für diese Konferenz ihre Delegierten unter den maritimen Sachverständigen auszuwählen und die Delegierten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Einverständnis mit den Organisationen der Reederei und der Seeleute zu ernennen.

Die deutsche Delegation.

Genf, 17. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der deutschen Delegation für die Arbeitskonferenz gehören u. a. an: die Ministerialräte Feig und Hering, und als technische Berater die beiden Ministerialräte Dr. Weigert und Dr. Berger vom Reichsarbeitsministerium; ferner Legationsrat Dr. Seelheim vom Auswärtigen Amt und Generalkonsul Kichmann aus Genf. Die Arbeitnehmer werden durch die Genossen Hermann Müller-Berlin und Knoll vom ADGB vertreten.

Verhandlungen im englischen Bergbau.

London, 17. Mai. (TL.) Die Vertreter der englischen Bergarbeiter verhandeln heute erneut mit Baldwin, um genauere Einzelheiten über den Vergleichsvorschlag des Premierministers zu erlangen, die einer Delegiertenversammlung der Bergarbeiter am Donnerstag vorgelegt werden sollen. Allgemein ist man der Auffassung, daß die Bergarbeiter Baldwin keine Schwierigkeiten machen werden, während die Grubenbesitzer anscheinend sich nicht mit dem Plan Baldwins befreunden können.

London, 17. Mai. (WZB.) „Times“ sagt in einem Leitartikel zu den Regierungsvorschlägen zur Bergbaufrage, sie seien selbstlos und unparteiisch. Von Grubenbesitzern und Bergleuten würden in gleicher Weise Opfer verlangt, aber es sei die klare Absicht, die Lasten gerecht zu verteilen und auf dieser Grundlage eine bessere Zukunft aufzubauen. Wenn auch der Weg zur Regelung weiterhin für beide Teile schwierig sein möge, so komme doch das Ziel schon klarer in Sicht.

Nachwehen vom englischen Streik.

London, 17. Mai. (WZB.) Die Arbeit wird überall in normaler Weise wieder aufgenommen, auch in den Seehäfen. In Manchester weigern sich jedoch die organisierten Dockarbeiter, mit den nicht organisierten zusammen zu arbeiten, deren Entlassung die Behörden ablehnen.

Der Konflikt im französischen Bergbau.

Paris, 17. Mai. (CF.) Die Nationalrat der Föderation der Grubenarbeiter hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der eine sofortige allgemeine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne in allen Bergbauregionen gefordert wird. Falls die in Aussicht stehenden Verhandlungen nicht bis zum 25. Mai ein Ergebnis zeitigen würden, werde die Gewerkschaft sich genötigt sehen, die Frage eines Generalstreiks zu prüfen. Es ist aber sowohl nach der Haltung des Arbeitsministers Dufaure, der die Forderungen der Bergarbeiter als berechtigt anerkennt, als auch der Bergwerksbesitzer, die zu Verhandlungen bereit sind, ein Streik ziemlich unwahrscheinlich. — Vor Schluß der Tagung bestimmen die Delegierten noch sieben Vertreter für den im August d. J. in Krakau stattfindenden internationalen Bergarbeiterkongress.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, treten die Gruppen: Leubergers Markt, Zwanzheim, Diefelmeierstr. 5, Vortrag: Körperpflege und Körperkultur. — Realruiter Wiese (Telegraphenstr. 1): Jugenheim, Tüftler Str. 45, 1. Etz. Ludw.-Thoma-Abend. — Lichtenberg: Jugenheim, Döbner 22. Vortrag: „Das Gemeindebürgerrecht.“ — Teufel: Schule, Wittenbrucher 33/34 (Bortmannstr.). Vortragsgegenstand: „Von Urrodel bis zum Verkehrsstaatsgesetz.“

Freizeitabend durch Thüringen vom 4. bis 7. Juli. Meldungen werden in der Zentrale entgegengenommen. Kosten (Fahrtgeld und Verbergsgehalt) 18 M.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Benachrichtigt für Politik: Groß Krüger; Wirtschaft: Heinz Gehrens; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Käfer; Kultur: Paul Kretz; R. G. Döber; Politik und Genossenschaft: Erik Karköt; Auswärtige: Th. Gode; Familien in Berlin: Berlin; Bergbau: Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Bergbau-Verlagsanstalt und Verlagsgesellschaft Carl Eintr. u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Stern 2 Beilagen und „Unterhaltungs und Wissen“.

Die drei Schönheitsfehler des Mundes

1. Der Zahnstein

Ist ein Absatz des Speichels ähnlich wie der Kesselstein des Wassers. Er hat eine graugrüne, braune bis schwarze Färbung und ist zunächst ein Schönheitsfehler, der den Zähnen ein häßliches, ungepflegtes Aussehen gibt und einen üblen, fauligen Geruch aus dem Munde verursacht. Er ist aber auch ein höchst gefährlicher Feind des Gebisses, weil er Zahnfleisch- und Kiefersehnen sowie Zahnfleischentzündungen und Eiterungen verursacht. Er ist äußerst festhaftend und hart; oft umkleidet er in harter Kruste den ganzen Zahnhals, erblößt die Wurzel und verursacht ein Lockerwerden der Zähne.

195

2. Mißfarbener Zahnbelag

hervorgehoben durch starkes Rauchen von Zigarren und Zigaretten, ist weniger schädlich, aber ein um so auffallenderer Schönheitsfehler des Gebisses. Wie entfernt man Zahnstein und Zahnbelag? Weder mit Mundwasser noch mit sogenannten Lösungsmitteln; in dieser Beziehung ähnelt der Zahnstein auch dem Kesselstein, gegen den allerlei Lösungsmittel sich als wirkungslos erwiesen haben und die rein mechanische Beseitigung sich am besten bewährt. Millionen, die heute Chlorodont täglich im Gebrauch haben und ihre schönen weißen Zähne dieser Zahnpflege verdanken, haben es selbst ausprobiert, daß Mundwasser die mechanische Reinigungskraft der mikroskopisch feinen reinen Kreide im Chlorodont nicht ersetzen kann.

3. Ubler Mundgeruch

als Folge mangelhafter Zahnpflege macht sich weniger dem davon Betroffenen, als seiner näheren Umgebung bemerkbar. Neutrale Salze im Chlorodont, die eine vermehrte Speichelbildung und dadurch eine natürliche Mundreinigung bewirken, in Verbindung mit dem herrlich erfrischenden Pfefferminzgeschmack beseitigen diesen markanten Schönheitsfehler unmittelbar. Jeder Tube Chlorodont ist eine genaue Gebrauchsanweisung beigelegt. Chlorodont-Zahnpaste und die dafür geeignete Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstensennt sind die besten Hilfsmittel gegen den gefährlichen Zahnstein, mißfarbener Zahnbelag und den oft damit verbundenen üblen Mundgeruch.

beseitigt Chlorodont-Zahnpaste/Mundwasser

Frühlingswarmer Tag.

Wenn man von dem Bahnsteig der Hochbahn ins Freie blüht, sieht man auf der einen Seite der Bahnhofshalle nichts als grüne Baumtronen. Sie verbergen die grauen, schmutzigen Häuserwände mit den grellbunten, riesigen Kellerausschriften, die die ganze farblose Traurigkeit der Fassaden nur noch stärker fühlbar machen, und überdecken mit ihrem Grün gütig das Durcheinandergeräusche von Menschen und Autos in den Straßen. Und der gedämpfte Lärm, der durch das Blättermeer aufsteigt, blüht dem, der eben aus dem Fortissimo da unten herauskommt, wie wohlütiges Schweigen.

Die Menschen aber laufen ungeduldig wartend auf dem Bahnsteig hin und her. Drei Minuten warten heißt drei Minuten verlorene Zeit, die nun vielleicht an der Mittagspause gespart werden müssen oder die man wohl gar zum Dienst zu spät kommt. Ein Zeitungsblatt hilft manchem den ärgerlichen Aufenthalt verkürzen, und unruhig wandern die Augen zwischen der Lektüre und der großen Uhr, deren Zeiger, unberührt von aller Unrast, langsam und fast unsichtbar vorrücken, bis der Zug endlich einläuft. Wer hat Zeit für das grüne Meer der Baumtronen, das fremd und fernab da draußen sich dehnt? Wenn das zarte Gelbgrün der Blätter in das dunkle sommerliche Grün übergeht, und das sommerfarbte Blatt in flammenden Herbstfarben zum letztenmal aufleuchtet, wieviele sehen es überhaupt?

Einzeln Tage sind gesegnet. Nach Kälte und Regen erwacht plötzlich ein frühlingswarmer Morgen. Die Menschen fangen an zu lächeln und wissen nicht warum. Der plätschernde Strahl des Springbrunnens zieht die Blicke der Vorübergehenden an, daß sie die Schritte hemmen, dem silbernen Wasserfall zusehen, der rhythmisch in das Becken niederrinnt, und wunderdool leere Augenblicke hindurch an nichts anderes denken. Kinder schreien schön und Erwachsene besser an solchem reichen Tage. Das sind die Stunden, die den Baumtronen zu ihrem Recht verhelfen. Unwillkürlich schauen plötzlich alle auf dem Bahnsteige in einer Richtung, und sie wissen wohl garnicht, wohin sie eigentlich sehen. Aber ihre Blicke ruhen auf dem friebdoolen grünen Meer, das in diesem winzigen Ausschnitt Unendlichkeit vorläuft, glückdoolle Unendlichkeit von erwachender Natur, von Wiesen und Feldern und Wäldern. Und wenn man an eine Aufgabe und einen Zweck aller Dinge glauben will, so ist es gewiß, daß diese Baumtronen dazu da sind, armen gehetzten und verdorrten Menschen, die eigentlich nie Zeit für sie haben, in freundlichen Stunden eine darmberzige Täuschung zu sein für ferne, wunderdoolle Dinge.

Der endlose Lüchow-Prozess.

Wichtiges pädagogisches Gutachten Dr. Andrejens.

Anfang Februar hat der Lüchow-Prozess begonnen. Vor Anfang Juni darf man das Urteil nicht erwarten. Es stehen außer den sechs Gutachten noch einige Zeugenaussagen, zwei Dokaltersprüche in Suckow und Berka, die Reden des Staatsanwalts und der vier Verteidiger bevor. Am Montag kam der erste pädagogische Sachverständige, der Leiter der Westlichen Erziehungsheime Dr. Andrejens zu Worte. Seine Ausführungen waren eine tiefgründige Auseinandersetzung mit dem Lüchow'schen Erziehungssystem. Dr. Andrejens erscheint es unmöglich, die Handlungen Lüchows allein aus dem Sexualmotive heraus zu beurteilen. Es muß auch die allgemeine pädagogische Lage und das Milieu, in dem er zu wirken hatte, berücksichtigt werden. Der Angeklagte unterlag schließlich den herrschenden Erziehungsgrundsätzen. Die heutige Pädagogik stellt aber gewissermaßen eine Mischung zwischen der alten „Sucht“ und der modernen „Liebespädagogik“ vor. In Suckow und Berka hatte er Lüchow die letztere kennengelernt, in Suckow verurteilte er diese mit jener. Da er bei dem Kadettenmaterial, das er vorand, seine Erziehung weder auf Ehrfurcht noch auf geistiger Haltung der Heimschule gründen konnte, so suchte er sich in der Autorität des Stodes. Insofern steht aber die Prügelstrafe, ein bedingungslos zu verwerfendes Erziehungsmittel, unter Anklage, nicht Lüchow allein. Denn geprügelt wird in fast allen Volksschulen Deutschlands und im größten Teil der höheren Schulen. Selbst Lüchows Ra-

losigkeit im Prügeln braucht nicht durch Sadismus oder Homosexualität erklärt zu werden, ebensowenig brauchen dies seine Zärtlichkeiten. Sie bedeuten eine Uebersteigerung und Verzerrung der Liebespädagogik, die in den Erziehungsheimen herrscht. Diese, die gewöhnlich als Gros bezeichnet wird, und undenkbar ist ohne geistlich-seelische Beziehung zwischen Lehrer und Schüler, kann sich in Zärtlichkeiten äußern, die den Verdolungen sexueller Natur gletschsehen ist. Sie brauchen deshalb noch nicht sexuell motiviert zu sein. Das Alles mag als Geschmackslosigkeit betrachtet werden, es kommt aber hier und da vor. Der größte pädagogische Fehler Lüchows war, daß er auch bei den älteren Jungen sich keine Reserve aufzulegen verstand. Gerade gegenüber den Jungen, die im Pubertätsalter standen, in dem sie von einem Drang, sich vom Erzieher loszumachen, beherrscht und vom Geltungsbedürfnis erfüllt sind, versuchte er sie in gleicher Weise zu behandeln wie die Kleinen. Zu sexuellen Deutungen und zur Kennommisterei neigend, glaubten diese nun in Lüchows Handlungen sexuelle Untergründe sehen zu müssen. So erstand der Kitzel und Trost, aus dem heraus vielleicht auch Weib' Auslagen zu verstehen sind. Dr. Andrejens weist in aller Ausführlichkeit an verschiedenen Widersprüchen in der Aussage des Weib und an Hand einer ganzen Reihe von Kleinigkeiten nach, wie Weib zu keiner Konstruktion hätte kommen können. Er warnt vor Ueberhöhung der Aussagen jugendlicher Zeugen. Auf Grund einer ausführlichen Analyse von Lüchows Persönlichkeit gelangt er zum Schlusse, daß abgesehen vom zweifelhaften Falle Weib, der eine einmalige Entgeißung vorstellen kann, keine unzuchtige Handlung nachzuweisen ist. Heute kommen die zwei weiteren pädagogischen Gutachten.

Das Spiel mit Doppelselbstmord.

„Der Freundin zum Gefallen“.

Man darf ruhig von einer periodisch auftretenden Doppelselbstmordepidemie sprechen. Nur selten erfährt man aber etwas von den wahren Motiven der gemeinsamen Tat. So ist man auch nicht imstande, abzuwägen, ob es für Doppelselbstmörder subjektiv und objektiv wirklich keinen anderen Ausweg gab, als aus dem Leben zu scheiden. Um so größere Beachtung verdienen aber die Fälle, wo beide Partner oder einer von ihnen am Leben geblieben ist, entweder weil absichtlich oder unbeabsichtigt der Versuch mißglückt ist, oder weil im letzten Augenblick es überhaupt an Mut gefehlt hat, sich das Leben zu nehmen. Von regelrechten Doppelselbstmord kann überhaupt nur dann die Rede sein, wenn beide Beteiligten zu gleicher Zeit aus dem Leben scheiden, etwa durch Einnahme von Gift oder durch gemeinsames Ertränken u. a. m. — nicht aber, wo der eine Partner den anderen auf dessen Wunsch zuerst tötet, um hinterher auch sich das Leben zu nehmen.

Mit welcher Frivolität aber junge Menschen mit Selbstmord- und Doppelselbstmordgedanken spielen, ohne daran zu denken, daß das Leben letzten Endes doch auch Pflicht sein kann, und daß ihm unzählige schöne Augenblicke abzugewinnen sind, ohne sich zu überlegen, welches Unglück sie über ihre nächsten durch ihren selbstgewählten Tod bringen, bewies gerade der vor einigen Tagen der im Landgericht verhandelte Fall des 18jährigen Badergesellen Paul B. Der junge Mensch hatte gar keinen Grund aus dem Leben zu scheiden, selbst nicht einen vermeintlichen. Seine Freundin R. glaubte für sich einen solchen in ihrer Schwangerschaft zu sehen. Und was tat sie nun? Sie überreichte die 19jährige B. gemeinsam mit ihr und dem B. aus dem Leben zu scheiden. Alle drei besorgten sich eine Flasche Jpsol, außerdem Bier und Brause und begaben sich in den Wald. Hier saßen sie aber von dem Jpsol ab, da er selbst mit der Brause verbrüht, abscheulich schmeckte. B. und Lotte R. erwogen dann, ob der eine nicht von seinen Hosenträgern und die andere nicht von dem Mantelgurt Gebrauch machen sollte. Der B. gelang es schließlich, sie von ihrem Vorhaben sich zu erhängen abzubringen. Diese neunzehnjährige, die in der Gerichtsverhandlung den ganzen Vorgang mit einem Lächeln erzählte, gab zu, daß sie eigentlich überhaupt keinen Grund hatte, aus dem Leben zu gehen, und daß sie nur ihrer Freundin zum Gefallen eingewilligt hätte, mitzumachen. Bald darauf gelang es dann der R. auch wirklich den Paul B. dazu zu veranlassen, sie zu erschießen. Sie selbst das Leben zu nehmen, schloß ihm der Mut. Das ganze aber

beweist, wie leichtsinnig die Jugend unter Umständen mit ihrem eigenen Leben und dem ihrer Freunde spielt. Ein in dieser Beziehung bemerkenswerter Fall wird auch aus Ördning in Oesterreich berichtet. Drei junge Arbeiter hatten beschlossen, gemeinsam aus dem Leben zu gehen. Der erste wurde von den beiden anderen mit seiner Einwilligung aufgehängt. Im letzten Augenblick scheint ihm jedoch der Mut zum Leben zurückgekehrt zu sein und er stakete seine Hand zwischen Hals und Strick, um nicht zu erstickten. Die anderen beiden schlangen sich einen Strick um den Hals, reichten sich die Hände und sprangen ins Wasser. Der Erste hatte sich aber bereits frei gemacht, um die beiden anderen zu retten hielt er ihnen eine Stange hin. Die Versuche, sie zu erreichen, mißlangten. Sie gingen unter. Alle drei hatten den Bauern des Dorfes einen Brief hinterlassen, in dem sie sie aufforderten ihren Tod festlich zu feiern und sie dort zu suchen, wo sie zu finden sein werden. Auch dieser Fall spricht Bände. Wohl können Verhältnisse eintreten, in denen die Pflicht zum Tod größer ist als die zum Leben. Wie oft mag aber dies der Fall sein? Die Leichtfertigkeit aber, mit der hier mit dem Leben gespielt wurde, wird jedem, der im Leben eine sehr ernste Aufgabe sieht, mit Entsetzen erfüllen.

Geistesstift in Schulen der Republik.

Wann wird man die Schulen der deutschen Republik von den alten Lehrbüchern der monarchischen Zeit befreien? Scharfsten, die vom Geist überlaster Monarchieverherrlichung erfüllt sind, müssen von der Schuljugend weiter benutzt werden, wie wenn nicht längst die Monarchie bei ihrem Zusammenbruch sich in ihrer ganzen Mächtigkeit enthüllt hätte. Beispielsweise gibt man in Berlin im Friedrichs-Realgymnasium (Mittenwalder Straße) den Schülern für den Gefangenenunterricht noch ein Liederbuch in die Hand, das von monarchistisch-militaristischen Liedern wimmelt. Am achten Jahr der Republik werden zehnjährige Jungen, die selber nichts mehr von der Monarchie kennen gelernt haben, durch derartige Lieder noch zur „Begeisterung“ für die Monarchie erzogen. Es ist doch geradezu ein Skandal, daß in Schulen der Republik noch ein solches Buch gedruckt wird, in dem die Schüler auch das Lied „Ich bin ein Preuße“ noch finden. Wie soll das auf die Schuljugend wirken, was sie in der letzten Strophe dieses Liedes liest? Es heißt da:

Des Preußen Stern soll weithin hell erglänzen,
Des Preußen Adler schweben woltenan,
Des Preußen Fahne frischer Lorbeer kränzen,
Des Preußen Schwert zum Siege brechen Bahn!
Und hoch auf Preußens Throne
Im Glanz von Wilhelms Krone
Beherrsche uns ein König stark und mild!
Und jedes Preußen Brust sei ihm ein Schild!

Bedeutet es nicht für jeden Republikaner einen Schlag ins Gesicht, daß heute noch ein Schulbuch benutzt werden darf, in dem eine solche Strophe steht? Für Erwachsene mag's geschichtlichen Wert haben, zu sehen, wie toll einst Untertanenreue sich überhäu. Die Schuljugend aber vermag noch nicht ein solches Nachwort von diesem höheren Standpunkt aus zu betrachten, sondern ist wehlos seiner Wirkung preisgegeben. Man möchte fast darüber lachen, daß den Kindern heute noch der „Glanz von Wilhelms Krone“ vorgepöbelt wird. Wilhelms, dem die Krone in den Staub fiel, als er nach Holland desertierte! Doch die Lust zu lachen vergeht jedem, der die Dinge kennt und eine richtige Vorstellung davon hat, wie sehr gerade in den höheren Schulen die Monarchieverherrlichung ihre Wirkung tut. Hinaus, endlich hinaus mit dieser „Geistesstift“ aus den Schulen der Republik!

Die Gegenkundgebungen der Kommunisten. Am gestrigen Abend veranstalteten die Kommunisten ihre Gegenkundgebungen, die ursprünglich, wie die der Deutschnationalen, am Sonntag stattfinden sollten, aber nach dem Verbot auf Montag verlegt worden waren. Auf vier großen Plätzen, im Friedrichshain, Mariannenplatz, Wittenbergplatz und Brunnenplatz sammelten sich die einzelnen Trupps. Nach kurzen Reden formierten sich die Demonstrationzüge. In den Jagen wurden Plakate mitgeführt mit Aufschriften: „Nieder mit den Fürstentümern“, „Seid wachsam für den Volksentscheid“. Die Demonstranten auf dem Mariannenplatz zogen nach kurzer Ansprache durch die südbislichen Straßen ab. Am Friedrichshain versammelten

Namile unter den Zedern.

26) Von Henri Bordeaux.
(Berechtigter Uebersetzung von J. Kunde.)

Wie sie Omars Namen gerufen hatte, suchten meine Augen, ob er nicht käme. Und vielleicht trieb er jetzt sein Roh auf der Straße von Tripolis nach Besherre zu wilder Eile an. Sie beschwor ihn so lebhaft heraus, daß ich seinen Atem fühlte und ihm wich. Ich dachte nicht mehr daran, ihm dieses Kind streitig zu machen, denn kein Haar, kein Atem ihres Körpers konnte ihm geraubt werden. Während ich ihre Worte vernommen hatte, ging auch mit mir eine Veränderung vor. Meine Liebe trat vor der ihren zurück. Sie hatte auf sich verzichtet. Es genügte ihr, zu dienen und zu vergehen. Und diese Umwandlung brachte mir eine innere Beruhigung, auf die ich nicht gehofft hatte. Ich war glücklich und froh, die Schwierigkeiten waren überwunden und ich sah einen Weg des Lichtes vor mir.

„Öffne jetzt die Tür.“ sagte Namile.
Ich glaubte tatsächlich, daß sie Omar erwartete und ihre Bitte wunderte mich nicht.
„Er ist nicht da.“ entgegnete ich.
„O nein.“ sagte sie sonst, „ich erwarte ihn nicht mehr, aber den . . . anderen. Du siehst, ich kann nur noch ihm gehören.“

Der andere, das war der Tod; sie hatte ihn nicht genannt, aber er war doch da.

„Warte noch, Namile.“
Und ich schlug ihr vor, einen Balken mit ihr zu schließen, der uns scheinbar verbände. Wenn sie sich zur Heirat erklärte, so rettete sie das für den Moment; ich wollte ihr dann eine Flucht ermöglichen, um sie Omar wiederzugeben. Sie begriff nicht sofort den Sinn meines Vorschlages. Ich mußte ihn präzisieren. Wie sie ihn verstanden hatte, nahm sie meine Hand und küßte sie.

„Ja.“ sagte sie, „du liebst mich.“
„Stimmst du also zu, Namile?“
„Nein, ich kann es nicht. Er würde glauben, daß ich dir gehört habe. Bin ich aber tot, dann zweifelt er nicht an mir.“

Damit nicht der letzte Verdacht in ihm aufsteige, wies sie mein Anerbieten zurück. Ich bin zu der Ansicht gelangt, daß diese Hingabe, welche sie die Selbstvernichtung wählen ließ, mit unserer Religion in Zusammenhang stand. Diese hat auch die Liebe beeinflusst, die vordem oft nur eine solche der Sinne war und zur Ueberjättigung und zum Elend führte.

Der Opfergedanke bedeutete eine Vervollkommnung. Ich kam zu dieser Meinung, weil ich sie selbst so empfand. Namile sollte mir alsbald den Beweis erbringen, daß der gleiche Vorgang, nur um so vieles verdianflicher, sich bei ihr vollzog.

„Und denn . . .“ begann sie, aber vollendete den Satz nicht; es erschien ihr überflüssig, den Gedanken mitzuteilen. Ich beschwor sie, mir nichts zu verschweigen.

„Nun, es ist gerecht, daß ich sühne.“

Warum sühnen, ich hielt sie gar nicht mehr für schuldig. Konnte man für eine Liebe wie die ihrige noch den gewöhnlichen Maßstab anlegen? Sie selbst hatte die Treue gegen sich gewahrt.

„Über gewiß!“ erklärte sie entschieden, als ich widersprach. „Habe ich nicht alles verlassen, um ihm zu folgen?“

„Du liebstest ihn?“

Ihre Antwort klang fast wie ein Selbstgespräch:

„Ich verleugnete meinen Glauben nicht, wie der Priester mir vorwarf. O, mein Gott, ich habe nichts verleugnet, weder meinen Glauben, noch meine Rasse, noch meine Berge. Man verleugnet nichts, wenn man liebt. Man liebt: das ist alles. Ist himmlisch! Und ich vergaß nicht das Gebet. Vielleicht ist das zu tadeln. Aber ich war nur ein kleines Mädchen, das liebte. Vielleicht wird mir verziehen, weil ich ihn so liebte. Ich konnte nicht auf ihn verzichten, wie sie das von mir verlangten. Nein, das war nicht möglich. Ich bin zu glücklich gewesen; ich weiß es wohl. Vielleicht ist das nicht erlaubt. Dafür werde ich tapfer zu sterben versuchen. Ich bin noch so jung! Aber was wird mit ihm nach meinem Tode? Ich möchte nicht, daß er mich vergißt. Wenn er aber doch zu schwer darunter leiden müßte!“

Sprach sie nicht von sich wie aus der Vergangenheit? Sie faltete die Hände über der Brust; es war dieselbe Bewegung wie jene auf dem Friedhof in Tripolis. Damals erwartete sie die Rückkehr Omars; die gleiche Geste machte sie auch bei ihrer Verurteilung.

„Nein Gott!“ rief sie, „ich komme. Rinn mich rasch zu dir, ehe mein Mut erlahmt!“

Und dann sprang sie wie ein kleines Mädchen zur Tür, um sie zu öffnen. Ich mußte an unsere Kinderpiele in Besherre denken.

„Namile!“
Ich hatte einen Schrei des Entsetzens ausgestoßen und Tränen strömten aus meinen Augen. Sie kam zurück, und ihr Schritt hatte etwas Schwebendes, wie der Gang der Vögel, welche die Flügel noch nicht gespreizt haben und doch die Erde kaum berühren; ihre Hand glitt über meine Augen.

„Meine nicht, Khalil! ich habe keine Furcht. Wehst du nicht, daß alles ohne Bedeutung ist, wenn man liebt?“

Aber mein Schrecken hatte in ihr nochmals erweckt, was von zarter Schwäche und Liebe zum Leben in ihr war. Auch ihre Augen wurden feucht. Ich stand einen Moment unter dem Eindruck ihrer Zärtlichkeit und ihres wiedererwachten menschlichen Gefühls. Doch sie hatte sich rasch gefaßt. Dieser Augenblick genügte ihr, davonzustürzen und sich ihren Hentlern auszuliefern. Wie ich ihr nacheilte, war der Weg versperrt. Die Richter oder Wutros waren mißtrauisch gegen mich und hatten die Tür verschlossen.

Die letzte Begegnung.

Sie haben gewiß schon das nicht enden wollende Gebraüll verrirrter Hunde in der Nacht gehört oder das Heulen der Schakale, die sich in Fallen gefangen haben? Ich bestete wie diese Hunde, ich heulte wie diese Schakale im Käfig, in dem man mich eingesperrt hatte. Die Tür, welche ich mit meinen Fäusten, mit den Füßen, mit dem Gewehrkolben einzubringen suchte, war aus zu hartem Holze, als daß sie nachgeben hätte, und das Zimmer hatte, wie das häufig in arabischen Häusern vorkommt, nur einen Ausgang. Jede Minute, jede Sekunde brachte Namile dem Tode näher, ohne daß ich etwas für sie tun konnte. Ein Augenblick des Schmerzes und der Ermattung, da ihre Hände mich kühlten, hatte uns für immer getrennt. Man mordete meine Geliebte, nein, nicht meine, sondern die Omars, die ich mehr liebte als mich selbst, und man hielt mich von ihr fern, zwang mich nutzlos, gegen unüberwindliche Schranken zu toben. Zwischen einem Schrei, einem Ausschlagen hatte ich Pferdegetrappel auf der Straße gehört. Und dann nichts mehr. Wohin führte man sie? Wo würde die schreckliche Sache vollzogen? Manchmal dämmte ich meine Raserei, um hehentlichen Rufe durch die Tür bringen zu lassen, welche die Steine hätten erweichen müssen. Vielleicht hörte sie irgendein Vorübergehender, ließ sich rühren und öffnete mir. Nur fort und ihr zu Hilfe eilen! Meine Willensenergie war auf dieses einzige Ziel gerichtet und niemand kam, um dieser furchtbaren Folter ein Ende zu machen. Wie lange das währete? Ich hatte das Gefühl für die Zeit verloren. In meiner Verzweiflung kam es mir vor, als dauerie es endlos. Ich bin mir nie darüber klar geworden, wie lange es gewährt hat. Plötzlich hörte ich, wie der Schlüssel im Schloß sich drehte; hinausdrängend prallte ich auf Muntaha.

„Wo ist sie?“ schrie ich, ohne ihrer Blässe zu achten, und ich riß meine Augen in einer Wiflan des Entsetzens auf.

Tonios erwiderte sie: „Bei den Zedern, sie haben sie zu den Zedern geschloßt.“

(Fortsetzung folgt.)

Debs' Traum.

Von Jack London.

Ich erwachte eine volle Stunde vor der gewohnten Zeit. Das war an sich schon bemerkenswert, und ich lag ganz wach da und zerbrach mir den Kopf darüber. Irgend etwas war los, irgend etwas nicht in Ordnung — ich wußte nicht, was. Die Ahnung von etwas Furchtlichem, das geschehen war oder geschehen sollte, bedrückte mich. Aber was? Ich versuchte es zu ergründen. Wie ich mich entsann, hatten diese Leute erzählt, daß sie bei dem großen Erdbeben im Jahre 1906 einige Augenblicke vor dem ersten Stoß mit einem seltsamen Gefühl von Entsetzen erwacht waren. Sollte San Francisco wieder von einem Erdbeben heimgesucht werden?

Eine ganze Minute lag ich in starrer Erwartung da, aber nichts dergleichen geschah, weder stürzten die Mauern ein, noch war etwas davon zu spüren, daß Häuser barsten und zerbrachen würden. Alles war still. Das war es! Die Stille! Kein Wunder, daß ich verstimmt war. Der Barm der Großstadt war seltsam fern. Zu dieser Tageszeit durchfuhr die Hochbahn sonst alle drei Minuten meine Straße; aber es vergingen zehn Minuten, ohne daß ein Wagen kam. Vielleicht ein Unfall und der Strom verlagte. Aber nein, die Stille war zu tief. Ich hörte weder das Rauschen und Knirschen von Wagentravern, noch das Klappern der Hufeisen auf dem steilen Pflaster.

Ich drückte den Klingelkontakt, um den Klang der Glocken zu hören, obwohl ich wußte, daß ihr Schellen, selbst wenn sie schellte, nicht die drei Stockwerke zu mir heraufdringen konnte. Es läutete auch ganz richtig, denn wenige Minuten später trat Brown mit dem Teebrett und den Morgenzeitungen ein. Obgleich seine Züge so unbeweglich wie immer waren, bemerkte ich doch ein bestürztes ängstliches Licht in seinen Augen. Ich sah auch, daß die Schiene auf dem Teebrett fehlte.

„Die Kaffeebohnen hat heute morgen nicht geliefert,“ erklärte er, „auch der Bäcker nicht.“

Ich warf wieder einen Blick auf das Teebrett. Es waren keine frischen Semmeln da — nur Scheiben altbackenen Grahambrotes von gestern, für mich das abschreckendste Brot, das ich mir denken kann.

„Es ist heute morgen nicht geliefert worden,“ rechtfertigte Brown sich weiter; aber ich unterbrach ihn:

„Die Zeitung?“

„Ja, aber dies ist auch das einzige, und das auch zum letztenmal. Morgen gibt es keine Zeitungen mehr. So steht es wenigstens darin. Soll ich etwas kondensiertes Milch für Sie holen lassen?“

Ich schüttelte den Kopf, begnügte mich mit dem schwarzen Kaffee und faltete die Zeitung auseinander. Die Unterschrift sagte alles — sagte wirklich zu viel mit ihrem unendlichen Pessimismus, den das Blatt mit Bäckerschicksalen würzte. Ein Generalstreik, hieß es, der in den ganzen Vereinigten Staaten verkündigt worden war; und die juristischsten Prophezeiungen über die Versorgung der Großstädte wurden gemacht.

Ich las hastig weiter, und bühlschöne Erinnerungen an frühere Arbeiterunruhen saugten in mir auf. Eine ganze Generation organisierter Arbeiter hatte von dem Generalstreik geträumt, und dieser Traum war in dem Kopfe von Debs, eines der großen Arbeiterführer von vor dreißig Jahren entstanden. Ich erinnerte mich, daß ich in meinen ersten Unterdarstellungen selbst einen Aufsatz über dieses Thema für eine Zeitschrift geschrieben hatte, den ich „Debs' Traum“ nannte. Und ich muß gestehen, daß ich die Idee sehr überlegen und akademisch feilgehigt als Traum und nichts anderes behandelt hatte. Jetzt und Welt waren weitergerollt. Campers existierte nicht mehr, die American Federation of Labour und Debs mit all seinen wilden revolutionären Ideen existierten nicht mehr; doch der Traum war geblieben, und jetzt war er zur Wirklichkeit geworden. Aber ich laschte kein Seiten über die finsternen Aussichten des Blattes. Ich mußte es besser. Ich hatte zu oft gesehen, wie die organisierten Arbeiter in Streikfällen übers Ohr gehauen worden waren. Nur ein paar Tage, dann war die Sache beigelegt. Es war ein nationaler Streik, und es war ein Kinderpiel für die Regierung, mit ihm fertig zu werden.

Ich warf die Zeitung beiseite und zog mich an. Es muß sicher interessant sein, durch die Straßen San Franciscos zu gehen, wenn sich nicht ein Rad drehte und die ganze Stadt feiern mußte.

„Verzeihung,“ sagte Brown und reichte mir meine Zigarren. „Herr Harmoned wollte Sie gern sprechen, bevor Sie gingen.“

„Lassen Sie ihn gleich kommen,“ antwortete ich, Harmoned war der Kellermeister; als er eintrat, konnte ich sehen, daß er keine Erregung nur schwer beherrschte. Er kam sofort zur Sache.

„Was soll ich tun? Wir brauchen Vorräte, und die Ratscher des Lieferanten streiken. Auch der elektrische Strom verlagte — ich glaube, die Straßen auch.“

„Sind die Läden geöffnet?“ fragte ich.

„Nur die Kleinen. Die Verkäufer streiken auch, und die großen Geschäfte können nicht aufmachen; aber in den Kleinen arbeiten die Besitzer und ihre Familien selbst.“

„Dann nehmen Sie das Auto,“ sagte ich, „machen Sie die Räder und kaufen Sie ein. Kaufen Sie, lassen Sie brauchen oder brauchen können. Kaufen Sie eine Schachtel Kerzen — nein, ein Duzend Schachteln. Und wenn das getan ist, sagen Sie Harrison, daß er mit dem Auto zum Klub kommen soll — nicht später als elf.“

Harmoned schüttelte ernst den Kopf. „Herr Harrison ist in der Chauffeur-Gewerkschaft, und ich selbst verstehe nicht, ein Auto zu leiten.“

„Oho, wirklich, steht es so?“ fragte ich. „Schön, wenn Herr Harrison nicht zu erscheinen gerät, so sagen Sie ihm, daß er sich nach einer anderen Stellung umsehen kann.“

„Dawohl.“

„Sie gehören doch wohl keiner Kellermeister-Gewerkschaft an, Harmoned?“

„Nein,“ lautete die Antwort. „Und selbst, wenn es der Fall wäre, würde ich meinen Herrn unter solchen Umständen nicht im Stich lassen. Nein, ich würde —“

„Schön, ich danke Ihnen,“ sagte ich. „Machen Sie sich jetzt fertig, daß Sie mich begleiten können. Ich werde das Auto selbst fahren, und ich werde Vorräte einkaufen, als ob es eine Belagerung auszuhalten gälte.“

Es war ein wundervoller erster Mai, gerade so, wie ein Walltag sein soll. Der Himmel war wolkenlos, kein Lüftchen regte sich, und es war warm — balsamisch duftend. Viele Autos waren unterwegs, aber alle Besitzer fuhren selber. Die Straßen waren belebt, aber still. Die Arbeiter schöpften in ihrem besten Sonntagsstaat Luft und beobachteten die Wirkungen des Streiks. Alles war so ungewöhnlich und dabei doch so friedlich, daß ich mich sogar darüber freute. Meine Nerven zitterten vor leiser Erregung. Es war ein stilles Abenteuer. Ich traf Fräulein Chidering. Sie sah am Steuer ihres kleinen Wagens. Sie machte kehrt, kam mir nach und holte mich an der Ecke ein.

„Ach, Herr Corf!“ begrüßte sie mich. „Können Sie mir nicht sagen, wo ich Kerzen kaufen kann? Ich bin in einem Duzend Läden gewesen und sie waren alle ausverkauft. Es ist ganz furchtbar, nicht wahr?“

Aber die blühenden Augen strahlten ihre Worte lägen. Wie alle anderen, amüsierte sie sich lässlich. Diese Jagd nach Kerzen war ein ganzes Abenteuer. Erst als wir die Stadt durchfahren und das Viertel erreicht im Süden der Market Street erreicht hatten, fanden wir endlich einige Eckläden, die noch nicht ausverkauft waren. Fräulein Chidering meinte, daß eine Schachtel genüge, aber ich überredete sie, vier zu nehmen. Mein Wagen war groß, und ich bekam ihn mit einem Duzend Schachteln. Man konnte nicht normieren.

Reichskanzlei.



Spinnen am Morgen
Kummer und Sorgen.

Her mit dem Besen,
Dann sind sie gewesen!

was geschehen konnte, bis der Streik beendet war. Ich beklagte den Wagen jener mit Ecken voll Mehl, Backpulver, Dosenkonserven und allem, was zum täglichen Leben gehörte, unter dem Einfluß Harmoneds, der aufgeregter und lauter wie eine alte ängstliche Heame die Verkäufer anguckte.

Das Bemerkenswerteste an diesem ersten Streiktag war, daß nicht ein einziger wirklich ernste Befürchtungen hegte. Die Ankündigung der organisierten Arbeiter in den Morgenblättern, daß sie sich darauf vorbereiten hatten, einen Monat, oder auch drei, auszuhalten, wurde verlacht. Und doch hätten wir gerade am ersten Tage merken müssen, daß die Arbeiterklasse tatsächlich nicht an dem Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte teilnahm. Natürlich nicht. Wochen und Monate hatten die Arbeiter ganz in der Stille große Lebensmittelvorräte aufgespeichert. Das war der Grund, weshalb sie uns erlaubten, ganz bis in ihre Nachbarschaft zu kommen und die kleinen Geschäfte auszusuchen.

Erst als ich nachmittags im Klub ankam, begann ich den ersten Schreck zu spüren. Alles war in Verwirrung. Es gab keine Oliven für die Cocktails, und die Bedienung erfolgte ruckweise und stockend. Die meisten waren ärgerlich und alle besorgt. Ein Babel von Stimmen begrüßte mich bei meinem Eintritt. General Holston, der sich seinen Schmerzbauch in einer Fensterbank im Rauchzimmer strich, verteidigte sich gegen ein halbes Duzend aufgeregter Herren, die von ihm verlangten, daß er irgendwas tun sollte.

„Was kann ich mehr tun, als ich schon getan habe?“ fragte er. „Es sind keine Befehle von Washington eingetroffen. Wenn es einen von den Herren gelingt, ein Telegramm durchzubekommen, so will ich alles tun, was man von mir befehlt. Aber ich weiß nicht, was man tun kann. Das erste, was ich heute morgen, sobald ich vom Streik hörte, tat, war, daß ich Truppen vom Präsidium — dreitausend Mann — hereinbeorderte. Sie bewachen die Banken, die Münze, die Post und alle anderen öffentlichen Gebäude. Es herrscht nicht die geringste Unordnung. Die Streikenden verhalten sich völlig ruhig. Sie können doch nicht gut von mir verlangen, daß ich sie niederlasse, wenn sie ruhig in ihrem besten Staat mit Wein und Rind durch die Straßen ziehen.“

„Ich möchte gern wissen, wie es in Wall Street aussieht,“ hörte ich Jimmy Bombold im Vorübergehen sagen. Ich konnte mir keine Angst vorstellen, denn ich mußte, daß er stark in Consolidated-Western engagiert war.

„Sagen Sie, Corf,“ wandte Atkinson sich eifrig an mich. „Ist Ihr Auto in Ordnung?“

„Ja,“ antwortete ich, „aber was ist mit Ihrem los?“

„Kaputt, und alle Werkstätten geschlossen. Und meine Frau steckt irgendwo in Trücker, ich nehme an, daß sie unterwegs feststeht. Ich kann ihr weder für Wein noch für gute Worte telegraphieren. Sie hätte heute abend ankommen sollen. Vielleicht hungert sie. Leihen Sie mir Ihr Auto.“

„Sie kommen nicht über die Bucht,“ meinte Hoffstad. „Die Fähren gehen nicht. Aber ich will Ihnen sagen, was Sie tun könnten: Rollison — ach, Rollison, kommen Sie mal einen Augenblick her. Atkinson möchte mit dem Auto über die Bucht. Seine Frau liegt auf dem Bande bei Trücker fest, können Sie die Purlette von Tiburon herüberbringen und das Auto übersehen?“

Die Purlette war eine Hochsee-Schonerjacht von zweihundert Tonnen.

Rollison schüttelte den Kopf. „Sie könnten keinen Hasenarbeiter bekommen, um das Auto an Bord zu schaffen, selbst wenn ich die Purlette herüberbringen könnte, und das kann ich auch nicht, denn die Besatzung gehört der Seerente-Gewerkschaft an, die ebenso streng wie alle anderen.“

„Aber meine Frau muß vielleicht hungern,“ hörte ich Atkinson jammern, während ich mich abwandte. (Fortsetzung folgt.)

Die Ursachen der Erbsenverfälschung. Der amerikanische Astronom Thomas J. A. See in San Francisco veröffentlichte soeben ein Buch, in dem er das Ergebnis vierzigjähriger Studien über die Erbsenverfälschung darlegt. Nach seiner Ansicht ist diese Bewegung, die Wanderung der geographischen Pole, zurückzuführen auf die Flußbewegung des Stillen Ozeans. Zur Begründung seiner Theorie führt er die Ergebnisse der Meeresforschung und eine große Anzahl astronomischer Beobachtungen aus den letzten 35 Jahren an. Die Periodizität der Erbsenverfälschung glaubt Professor See auf 427 Tage festlegen zu können.

Enzian.

Von Dr. M. Wächter.

Wenn es einmal vergönnt war, im Frühjahr das Alpenrosenland zu durchwandern, wird sich gewundert haben über die Blütenpracht der Wiesen, Raine und Triften, die wie ein buntes Teppich bis zur Heuernte vor unseren Augen liegen. Wohl nirgends sieht man die Wiesen so voller Himmelschlüssel wie hier, und an feuchten Stellen bemerken wir oft massenhaft die reizende Rehlprimel mit ihren fleischroten bis violetten Blüten und dann die große gelbe Trollblume, die im Norden selten oder gar nicht vorkommt. Aber vor allem freut uns der Anblick des kleinen Frühlingsenzians mit seinen himmelblauen Blüten und dem weißen Stern in der Mitte. Große Flächen sind oft mit dieser lieblichen Blume bedeckt, die hier so häufig ist, daß die Einheimischen sie kaum beachten. In den mitteldeutschen Berggegenden ist der Frühlingsenzian selten, und in Norddeutschland kommt er überhaupt nicht vor, mit Ausnahme einer einzigen Stelle in der Nähe Berlins, bei Französisch-Buchholz, wo er schon 1838 entdeckt wurde.

Die meisten Enziane sind ausgeprochene Gebirgspflanzen, und nur wenige Arten verirren sich in die Ebene. Zu den herrlichsten Blumen überhaupt gehört der stengellose Enzian, der im Juni an zu blühen fängt. Wie beim Frühlingsenzian erhebt sich aus einer Markrosette eine blaue Blume, die aber viel größer ist, und das Blau ist tief dunkel ultramarinblau. Dieser Pflanze wurde bis vor wenigen Jahren arg von den Händlern nachgestellt, die die Blumen zu Tausenden nach München brachten, wo sie zu prachtvollen Kränzen verarbeitet wurden. Das ist jetzt vorbei; nach den neuesten Bestimmungen darf nicht eine einzige Blume mehr abgepickt werden, und der Handel mit dieser Pflanze wie mit anderen geschützten Blumen ist völlig unterbunden, auch wenn die Pflanzen aus dem Auslande kommen. Es besteht die große Gefahr, daß gerade die schönsten Blumen durch Händler und Sommerfrischler ausgerottet werden, wenn man sie nicht schützt. Zu diesen Pflanzen gehören auch die Alpenrosen, das Alpenveilchen und der Türkenbund. Die Enziane sind jetzt sämtlich geschützt, und vor allem hatte es der große gelbe Enzian nötig, daß man sich seiner annahm. Er ist schon fast völlig ausgerottet durch die Wurzelgräber, die seit Jahrhunderten nach seinen Wurzeln gruben für die Apotheken und die Schnapsbrenner. Die Enzianwurzel ist ein uraltes Heilmittel und wird auch heute noch in der Medizin wie in der Volksheilkunde viel gebraucht. Sie ist ein Bestandteil vieler Linturen und der sogenannten Lebenselixire und wirkt magenstärkend und appetitanregend.

Durch Gärung und Destillation wird aus der stärkehaltigen Enzianwurzel der bekannte Enzianschnaps gewonnen. Dieser Enzianschnaps entspricht den in Norddeutschland bekannten Wacholderschnapsen, dem Steinhäger oder Wachandel, der übrigens auch im Süden unter dem Namen Kranemil bekannt ist. Es ist jetzt mehr denn je vom Enzianschnaps die Rede, seitdem das Gemeindebestimmungsrecht in Angelegenheiten des Alkoholkonsums die Gemüter beunruhigt. Den Naturforschern ist es nur um die Blumen zu tun, und sie haben nichts dagegen, wenn die Apotheker und Schnapsbrenner ihre Enzianwurzeln aus dem Auslande beziehen, wo die Pflanze noch viel häufiger ist als bei uns. — Einige Schnapsbrenner haben nach die Erlaubnis zum Wurzelgraben. So soll es in Barchesgaben eine Brennerlei geben, die das Recht hat, auf einer gewissen Strecke Wurzeln sammeln zu lassen. Der Ausrottung wird dadurch vorgebeugt, daß in jedem Jahre an einer anderen Stelle gegraben wird, wodurch für die übrigen dann eine gewisse Schonzeit erreicht wird.

Es wird sich in Zukunft vielleicht rentieren, den Enzian anzubauen, aber so lange noch billige Wurzeln aus dem Auslande herangeschafft werden können, wird der Anbauer nicht recht auf seine Kosten kommen, da ein Ertrag erst in drei bis vier Jahren erzielt wird.

Bessere Erfolge erzielt man mit dem Anbau von Edelweiss, das natürlich auch geschützt ist und zudem an recht unbehaglichen Stellen wächst. Die Edelweisssträuße, die auf den Sebnhöfen, z. B. in Rosenheim, verkauft werden, sind sämtlich aus kultiviertem Edelweiss gebunden, was die Fremden vielfach gar nicht wissen. — Es geht mit dem Edelweiss, wie mit dem Malaga- oder Madeirawein; der meiste hat weder Malaga noch Madeira gegeben.

Gefährdung der Fleischversorgung.

Es fehlt an Gefrierfleisch. — Die Zufuhr stockt. — Steigende Preise!

Nach langen Debatten in den Reichstagsverhandlungen des vorigen Sommers erfolgte auf dem Gebiete der Fleischzölle eine Regelung, die wenigstens den dringendsten Bedürfnissen der notleidenden Volksmassen Rechnung tragen sollte. Das Gesetz über Zolländerungen vom 1. August 1925 bestimmte, daß Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei einzulassen sei. Den minderbemittelten Volksschichten sollte damit eine kräftige Ernährung mit billiger Fleischkost ermöglicht werden. Der Reichsernährungsminister setzte hiernach die Jahresmenge auf 102 000 Tonnen fest. Seit einiger Zeit machten sich nun hier und da

Anzeichen der Verknappung

Bemerkbar. In letzter Zeit nahmen sie einen bedenklichen Charakter an. Heute steht bereits fest, daß die für das laufende Quartal bestimmte Menge nicht ausreicht! Die meisten Großstädte und Arbeiterzentren der Industriegebiete werden im Juni ohne Gefrierfleisch sein. Daselbe wird sich im folgenden Quartal in verstärktem Maße wiederholen. Die Gründe sind folgende:

Das festgesetzte Jahreskontingent war von Anfang an zu niedrig festgelegt. Das Reichsernährungsministerium hatte als „bisherige Einfuhr“ die des Jahres 1924 angenommen. Nach den Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug diese im Jahre 1924 zwar nur 90 000 Tonnen, nach den Aufzeichnungen der Auslandsfleischbeschaffstellen jedoch 102 000 Tonnen. Die Differenz beruht auf Ungenauigkeiten der statistischen Erhebungen in den besetzten Gebietsteilen. Das Ministerium bestimmte daher die unbedingt richtige Zahl von 102 000 Tonnen.

Aber weshalb ging es eigentlich von der Einfuhr des Jahres 1924 aus? Ein zwingender Grund lag nicht vor. Es wußte doch, daß im Jahre 1925 mit den heftig steigenden Viehpreisen

die Nachfrage nach dem billigen Gefrierfleisch stieg.

Nichts hätte im Wege gestanden, als „billige Einfuhr“ die des Jahres vom 1. Oktober 1924 bis 1. Oktober 1925 anzunehmen. — Wenn es Bedenken trug, die nach der Verlängerung des Gesetzes zu befürchtende ungenügende Wassereinfuhr von Gefrierfleisch vorzuziehen bis zum 1. Oktober, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesetzesbestimmung mit zu erfüllen, was zu verstehen wäre, dann hätte es aber doch wenigstens von der Einfuhr der letzten 12 Monate bis zur Verlängerung des Gesetzes (31. August 1925) ausgehen sollen. Dann hätte sich eine Zahl von etwa 125 000 bis 127 000 Tonnen ergeben.

Folgen der Einfuhrbeschränkung.

Das somit von vornherein zu niedrige Kontingent wurde nun abendwärts nicht gleichmäßig, sondern im Winterhalbjahre mit im ganzen rund 60 000 Tonnen verteilt, so daß für das Sommerhalbjahr nur 42 000 Tonnen übrig blieben. Im Winterhalbjahre standen aber außerdem noch rund 12 000 Tonnen außerhalb des Kontingents vor dem Inkrafttreten des Gesetzes frei eingelassene Gefrierfleischmengen zur Verfügung, die neben jenen 60 000 Tonnen mit verbraucht wurden und im Februar aufgebraucht waren. Was das Ministerium, dem diese Dinge doch ungefähr bekannt sein mußten, bewegen hat, so vorzugehen, mögen die Geister wissen. Gewiß war die Not im Lande bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit groß und die Nachfrage nach dem billigen Fleisch stark. Mit einer baldigen Besserung unserer Wirtschaftslage konnte das Ministerium aber doch unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich rechnen, wenn es nicht in unverzüglichem, vielversprechendem Optimismus befangen war. Es mußte ferner aus Erfahrung wissen, daß alljährlich im Sommer mit der Weidzeit die Viehpreise regelmäßig steigen, je mehr die Landwirte Erträge aus anderen landwirtschaftlichen Produkten erzielen können, sowie weiter, daß die Vorräte aus den Hauschlachtungen der kleinen Leute im Sommer zur Reife gehen. Das Ministerium mußte also wissen, daß im Sommer und Herbst der Bedarf an Gefrierfleisch in der

ärmeren Bevölkerung größer werden würde als im Winter. Wenn es trotzdem dem Drängen der Städte, des Handels, der Arbeiterorganisationen usw. nachgab und weit über die Hälfte des Kontingents ausgab, so bleibt nur die Annahme übrig, daß es es für selbstverständlich hielt, einen etwa im Sommer tatsächlich eintretenden Mangel decken zu müssen. Denn es ist doch nicht nur ein Reichsministerium für Landwirtschaft, wie es der Reichslandbund ausschließlich zu nennen pflegt, sondern ein Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Die Sache steht also jetzt so, daß im Winter rund 12 000 Tonnen monatlich zur Verfügung waren, während jetzt nur rund 7000 Tonnen verfügbar sind, und daß bei dem gesteigerten Bedarf im Sommer der jeweilige Quartalsanteil von rund 21 000 Tonnen nicht einmal für zwei Monate reicht. Nun erklärt aber das Reichsernährungsministerium plötzlich,

überhaupt keine Erhöhung des Kontingents

vornehmen zu können. Das war freilich zu erwarten, nachdem es der Landwirtschaft gelungen war, im Reichstage und im preussischen Landtage Stimmung für Entschärfungen zu machen, die sich gegen jede Erhöhung aussprachen, um die Entwicklung unserer Viehzucht „vor einer Katastrophe zu bewahren“. Wir sind an derartige große Worte gewöhnt. Ein paar Bemerkungen sind aber doch nötig: Die Einfuhr von Gefrierfleisch beträgt nur 3 1/2 Proz. des gesamten Fleischverbrauchs und ist an die Stelle der vom Gefrierfleisch fast verdrängten starken Friedenseinfuhr von zubereitetem Fleisch getreten. — Inwieweit hat sich gegenüber der Vorkriegszeit wenig geändert, wohl aber steht die heimische Vieh- und Fleischproduktion noch weit hinter der Friedenseinfuhr zurück. Während die Rindviehproduktion ihr schon näher kommt, fehlen an Schweinebestand noch rund 28 Proz. Schuld an dieser langsamen Entwicklung trägt nicht etwa die zur Aufrechterhaltung der Ernährung unerlässliche Einfuhr bestimmter Mengen von Fleisch und Fetten, die ja auch im Frieden nicht entbehrt werden konnten, sondern der Mangel an Futtermitteln, besonders für Schweine, die wir im Frieden massenhaft und billig, besonders aus Rußland, bezogen.

Im übrigen führten plötzlich stark steigende Viehpreise (zum Beispiel Sommer 1925) leicht zu starken Viehabstufungen und zu einem Rückgang des Viehpreises, wie wir es im vorigen Jahre erlebt haben. Die preisregulierende Wirkung der Einfuhr der unentbehrlichen Menge von Fleisch und Fetten hemmt also die ruhige Entwicklung der Viehzucht nicht nur nicht, sondern fördert sie. Das ist natürlich den führenden Männern der landwirtschaftlichen Wissenschaft bekannt. Die vorjährigen Reichstagsverhandlungen haben das zur Genüge gezeigt. Der Versuch der agrarischen Führer, die schwierige Lage der Landwirtschaft unbedenklich zu machen, die Nahrungsorgen weitest Volksschichten auszuschießen, um agitatorisch auf die breite Masse des Landvolkes zu wirken, werden sich selbst richten.

Keine Regierung kann die Verantwortung für die schwere Gefährdung der Fleischversorgung übernehmen. Unbedingt müssen alsbald die nötigen Gefrierfleischmengen bereitgestellt werden. Das ist ihre unabwiesbare Pflicht im Hinblick auf die großen Ernährungsnot, denen das gewaltige Heer der Arbeitslosen und mit ihnen Hunderttausende von unzulänglich entlohnten Werktätigen ausgelegt sind.

Gefrierfleischmangel in Berlin.

Außerordentlich schwierig gestaltet sich die Lage der Gefrierfleischversorgung in Berlin durch die Weigerung des Reichslandwirtschaftsministers, die Kontingente zu erweitern. In Fachkreisen rechnet man damit, daß bereits Ende Mai die Versorgung stocken wird. Dabei gehört Berlin mit seiner großen Industrie- und Arbeiterbevölkerung zu den bedeutendsten Gefrierfleischverbraucher. Natürlich sind es besonders die proletarischen Viertel, die jetzt in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit auf den Konsum von

Gefrierfleisch angewiesen sind. Während z. B. im Bezirk Mitte pro Kopf der Bevölkerung im ersten Quartal dieses Jahres 2,25 Kilogramm zollfreies Gefrierfleisch verzehrt wurden — die anderen Arbeiterbezirke verzeichnen einen Konsum von mindestens ein bis zwei Kilogramm in der gleichen Zeit —, verbrauchte das reiche Zehlendorf pro Kopf seiner Einwohner nur 61 Gramm im ersten Quartal dieses Jahres. Die Aufrechterhaltung der jetzigen Regelung bedeutet, daß während der Sommermonate der durchschnittliche Jahresverbrauch um 40 Proz. herabgedrückt werden muß. Es sind gerade die ohnehin mitleidenden Kreise, die von einer derartigen Maßnahme am schwersten betroffen werden. Da sich der Verbrauch aber nicht beliebig beschränken läßt, so ist damit zu rechnen, daß noch im Mai die verfügbaren Mengen aufgebraucht werden, so daß im Laufe des Monats Juni überhaupt kein zollfreies Gefrierfleisch für Berlin zur Verfügung steht. Unter diesen Umständen ist es zwingende Pflicht für die Reichsregierung, schleunigst für ausreichende Zufuhren an billigen Fleisch zu sorgen, da mit dem zeitweilig bis zu 65 Proz. teureren frischen Fleisch ein Ersatz für den Ausfall an Fleischnahrung der Minderbemittelten nicht gegeben ist. Infolge der Verknappung an Gefrierfleisch sind freilich Preissteigerungen in der letzten Zeit zu verzeichnen, die die Spanne zwischen Frisch- und Gefrierfleischpreis verringert haben. Dieser Zustand ist aber durchaus nicht als normal anzusehen und darf keinesfalls als Grund dafür herhalten, daß man die zollfreie Gefrierfleischzufuhr für überflüssig erklärt.

Verband ostdeutscher Konsumvereine.

Der 62. Verbandstag des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine, E. V., wurde am 12. und 13. Mai 1926 in Straßburg abgehalten. Er war besetzt von 45 Genossenschaften mit 141 Delegierten und zahlreichen Gästen. Nach den Begrüßungsansprachen der Vertreter der Behörden und der geladenen Organisationen besprach Verbandssekretär H. Hildebrandt eingehend die Entwicklung der Genossenschaften, wobei er besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse darlegte, unter denen die durchaus günstige Entwicklung der Genossenschaften sich vollzog. Die letztere ergibt sich am besten daraus, daß der Warenumsatz in den Genossenschaften des Verbandes 1925 56 628 448 M. gegen 40 463 177 M. im Jahre 1924 erreichte. Verbandsreferent R. Hahn erstattete den Bericht über die Ergebnisse der im Jahre 1925 vorgenommenen Revisionen und gab bemerkenswerte Hinweise, wie durch rationelle Betriebswirtschaft die Geschäftsergebnisse noch gesteigert werden können. Am zweiten Tage referierte das Vorstandsmitglied P. Hoffmann, Hamburg, über „Das Borgwesen, eine volkswirtschaftliche Gefahr“, wobei er den Nachdruck auf die soziale Seite der Frage legte, nach der das „Borgen“ den Kreditnehmer in wirtschaftliche Abhängigkeit vom dem Kreditgeber bringt und die Hauswirtschaft des in Schuldnechtschaft geratenen Abnehmers immer stärker zurückdrückt, um schließlich beim vollständigen Zusammenbruch zu endigen. Redner gab Fingerzeige, wie die Genossenschaften wirksam den in Not geratenen Mitgliedern helfen können, ohne jedoch zu „borgen“. Ueber den „Gemeinsamen Warenbezug und die genossenschaftliche Warenerzeugung“ referierte der Geschäftsführer A. Witzke, Berlin. Eine Resolution fand die einstimmige Annahme, in der es u. a. heißt:

„Der 62. Verbandstag des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine E. V., abgehalten am 12. und 13. Mai 1926 in Straßburg, erkennt in der Zusammenfassung der konsumgenossenschaftlichen Kräfte ein wertvolles Mittel zur Förderung und Kräftigung der genossenschaftlichen Organisationen. Er verpflichtet die Verwaltungen der dem Verbände angeschlossenen Genossenschaften, dem Wareneinsatz unter Benützung der GGG die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Im besonderen ist aber der Warenherstellung die größte Beachtung entgegenzubringen. Die Genossenschaftsverwaltungen werden verpflichtet, die Mitglieder der Genossenschaften bei allen sich bietenden Gelegenheiten anzuhören, nur GGG-Produkte zu beziehen und gleichartige Produkte privater Fabriken auszuscheiden.“

Der Rest der umfangreichen Tagesordnung diente zur Erledigung der inneren Organisationsangelegenheiten.

Tagore über das Abendland.

Eine Kritik des Weltkrieges.

Man hat von Tagore, dem indischen Dichterphilosophen, nichts mehr gehört, seitdem er Italien im Vorjare einer Krankheit wegen plötzlich verlassen mußte. Dann erhielt man einige Bulletins, seitdem aber nichts mehr. Nun veröffentlicht Rabindranath Tagore in einer der letzten Nummern der von Surendranath Tagore herausgegebenen Zeitschrift „Visva-Bharati Quarterly“, dem Organ der Universität Santiniketa, einen interessanten Artikel, in dem er mit dem Abendland und seiner Kultur abrechnet und besonders den Weltkrieg kritisiert, als habe dieser ihm über den Westen erst richtig die Augen geöffnet.

„Der Weltkrieg war es“, schreibt Tagore, „der die ungeheure Selbstbefriedigung Europas in Frage rief. Kürzlich kam es zu seiner Ueberbahrung zu der Erkenntnis, daß sein Ursprung nicht von außen kam. Bis zu diesem Augenblick stand es im Zenit seiner Macht und seines Glanzes. Außerlich hatte es anscheinend endlose Zeit für sein grenzenloses Glück erobert, während es mit seinem erbarmungslosen Erfolg das Schicksal von Millionen fremden Völkern in die Form seines Fußschmels gebracht hatte und es beständig festhielt. Das Barometer, das den äußeren Stand der Atmosphäre verzeichnete, prophezeigte eine ewige Monotonie heiteren Wetters. Durch die Reibung, die die widerstreitenden Begierden geschossen, entstanden böse Blitze, doch glaubte man fast, daß der Trieb eines intelligenten Eigennutzes selbst dazu hinreichen würde, eine dieser heftigen Gebärden nicht in einer Katastrophe endigen zu lassen.“

Dann kam der Tag, wo alles das, was ihm die Oberherrschaft in der Welt verliehen hatte, sich gegen sie zu wenden schien. Die Wissenschaft, die es für einen Joghzug gegähnt hätte, rief stolze Löcher in seine eigenen Glieder, die noch kein Zeichen von Heilung zeigten. So mußte ein stolzer Geist zu dem Schluß kommen, daß sein jetziges Werden nicht die Folge eines Mangels geistigen Talents oder materieller Ueberlegenheit, sondern die eines freibartigen Gewächses innerhalb seiner eigenen moralischen Natur ist.

Das hat uns in Asien endlich die Gelegenheit geboten, Europa mit unserem vom Hypnotismus des Erfolges nun befreiten Geiste zu beurteilen — eine Gelegenheit, die zu unserer eigenen Rettung notwendig war. Dieses Urteil darf aber nicht erfolgen in einem Geiste der Widervergeltung, der da sichert bei der Aussicht, einen Teil des überfließenden Rates auf den Westen zurückwerfen zu können, den es auf den schlupfen Osten zu schleudern nicht müde geworden war.“

Tagore knüpft an seine Kritik die Kampfanlage des Ostens an den Westen. Allerdings soll es kein Kampf mit Waffen sein, sondern ein moralischer Krieg. Der Osten verweigert dem Westen den traditionellen Gehorsam, jetzt er nicht mehr die Ueberzeugung von der mora-

lischen Ueberlegenheit des Westens hat, seitdem er das Nichts vor sich trägt. Tagore schreibt darüber in seinem Aufsatz, den die Zeitschrift „Abendland“ (Gilde-Verlag, Köln) reproduziert: „Wir dürfen das aber nicht so fortgehen lassen. Wir müssen unsere Stimme wiederfinden, um dem Westen sagen zu können: Eure Dinge könnt ihr in unsere Wohnung hineinzwingen, ihr könnt unsere Lebensansichten versperrern — aber wir werden über euch richten. Ihr könnt unser Urteil ignorieren, materiell wird es euch nicht beeinträchtigen noch euch in eurem Aufstieg zu den schwindelnden Höhen von Vorteil und Macht hemmen, uns wird es aber vor moralischer Erniedrigung retten. Wir weigern uns, uns selbst zu erniedrigen, indem wir sagen, daß ihr weder des Gehorsams wert seid, weil ihr stork, noch der Achtung wert seid, weil ihr reich seid.“

Und er schließt: „Um uns deshalb von der Anarchie der westlichen Glaubensschwäche zu retten, müssen wir uns heute erheben und Richter über den Westen sein. Wir müssen uns aber auch schützen vor der Antipathie, die blind macht. Wir dürfen uns selbst nicht unfähig machen, die Wahrheit anzunehmen. Denn vordem erschien der Westen vor uns, nicht nur mit seinem Dynamit der Leidenschaft und dem Ballast der verschiedensten Dinge, sondern mit der Gabe der Wahrheit. Solange wir ihn nicht im rechten Geiste annehmen, werden wir selbst das nicht entdecken, was in unserer eigenen Kultur wahr ist, um sie der Welt zum allgemeinen Nutzen darzubieten. Die Kultur und Humanität des Westens gehört nicht der Ration, sondern dem Volke an.“

Rome.

Das an der Nordküste des Arcton-Sunds in Alaska gelegene, durch einen breiten Schnee- und Eisgürtel von jedem Verkehr mit der zivilisierten Welt zeitweise ausgeschlossene Städtchen Nome hat als Zielpunkt der „Korge“, das freilich nicht ganz erreicht wurde, wieder einmal die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Das Goldgräberstädtchen zählt etwa 10 000 Einwohner, die fast ausnahmslos nach Alaska gekommen sind, um dort nach Gold zu graben. Es ist im übrigen eine richtige Stadt, die sich mit den ungewöhnlichen klimatischen Verhältnissen, so gut es geht, abzufinden sucht. Sie besteht zum großen Teil aus Holzhäusern; indessen fehlt es auch nicht an Steinbauten, in denen die Regierungsämter und die großen Handelsfirmen ihren Sitz haben. Der Ort, der im Jahre 1899 entstanden ist, verdankt seine Existenz dem Umstand, daß längs des weltverlorenen Strandes in einer Ausdehnung, die sich auf mindestens 70 Kilometer erstreckt, der Sand reich an goldhaltigen Körnern ist. Die Bevölkerung wimmelt sich aus Zeiten verschiedenster Rationalität zusammen. Die Stadt ist auch der Sitz einer amerikanischen Garnison, und während der Sommermonate befindet sich dort eine amerikanische Marineflottille mit großen Torpedo-Kreuzern, denen die Aufgabe zufällt, den Handelsverkehr mit dem benachbarten Sibirien zu überwachen. In der Sommerzeit, wenn die Sonne ununterbrochen

scheint, arbeiten Männer und Frauen dort mit fieberhaftem Eifer, um keine Minute zu verpassen. Ist es doch die einzige Zeit, in der man dort Geld machen, d. h. Gold aus dem Sande waschen kann. Spaziergänger und mühsige Leute sind deshalb während dieser Jahreszeit eine unmögliche Erscheinung. Die Stadt selbst macht denn den Eindruck einer verlassenen Ortschaft. Alle Geschäfte sind geschlossen, denn alles arbeitet draußen am Stand; allein oder in kleinen Gruppen vereint ist man eifrig dabei, das Gold aus dem Sand zu waschen.

Dafür ist dann der Winter ausschließlich der Unterhaltung und dem Vergnügen gewidmet. An Gelegenheiten, sich zu amüsieren, fehlt es in Nome nicht. Kinotheater und Hundewettrennen, für die man sich mit Leidenschaft begeistert, bilden den Hauptteil des Vergnügungsprogramms. Vor allem aber tanzt man, und an Tanzlokalen ist infolgedessen kein Mangel. In unmittelbarer Nähe der Stadt der Weichen liegt ein großes, von Mischlingen aus indianischem und Eskimoblut bewohntes Dorf. Die Jagd auf Pelztiere mit dem toshbaren Pelzwerk und ein schwunghafter Handel beschäftigt sie. Nome ist deshalb auch reich an großen Wäden, in deren Auslagen man herrliche Pelze von weißen und schwarzen Bären, von Hermelinen und Silberfuchsen bewundern kann. Außer diesen Pelzschätzen befinden sich in Nome reich perlschöne Lager von allen Geräten, die bei der Goldwäscherei gebraucht werden sowie von Konserven aller Art. Der Preis dieser Konserven erhöht sich automatisch, je weiter sich der letzte Dampfer entfernt, der vor dem Eintritt des Frostes den Hafen verläßt. Die Stadt Nome stand schon einmal im vorigen Jahre im Mittelpunkt des Interesses der ganzen Welt, als in dem Städtchen eine Diphtheritis-Epidemie ausgebrochen war, die bei dem Mangel an Medikamenten die Bevölkerung zu dezimieren drohte. Damals gelang es einem Eskimo, auf seinem mit Diphtheritis-Serum beladenen und von dreizehn Hunden gezogenen Schlitten einen Weg von tausend Kilometern quer durch schneebedeckte und vereiste Steppen und Wälder in genau 127 Stunden zurückzulegen. Er hatte damit einen Rekord aufgestellt, der um so höher zu bewerten war, als dieses Rennen mit dem Tod nicht aus sportlichem Ehrgeiz, sondern im Dienst der Menschlichkeit unternommen wurde.

Toller in Rußland. Der Dichter Ernst Toller, der nach einer zweimonatigen Reise durch Rußland nach Berlin zurückgekehrt ist, berichtet einem Vertreter der „Volksbühne“, deren Iobes erschienenen Nummer 10 wieder einen reichen und interessanten Inhalt bietet, über seine Theaterindrücke. Er erklärte das russische Theater für das lebendigste Europas. Gleichzeitig dementierte er die Berichterstattung der deutschen Presse über seine russischen Erlebnisse. Von einer bevorstehenden Ausweisung, von der ein großes Berliner Blatt zu berichten wußte, war in Rußland niemals die Rede. Tatsache ist nur, daß die „Pravda“ einen recht geschmacklosen und mit unwahren Behauptungen operierenden Artikel des deutschen Kommunisten Paul Werner über Tollers Rede in München veröffentlichte, der aber während der Anwesenheit Tollers in Moskau berichtigt wurde. Toller war während seines ganzen Aufenthalts Gegenstand großer Aufmerksamkeiten der literarischen Öffentlichkeit Rußlands.

Wingsten!

Richtige Artikel!
Richtige Preise!



Prima braun Boxcap,
grau Nubuk Einsatz,
Original Goodyear gedoppelt,
mit Zwischensohle.

14⁹⁰



Grü, blond u. beige
französischer Absatz,
hübsche Modelle,
unerreicht billig.

10⁹⁰



SCHUHHOF

Berlin W 9, Linkstr. 11 • Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 117 • Spandau, Breite Straße 22

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Zauberflöte
Schauspielhaus
8 Uhr: Medien
Schiller-Theater
8 U.: D. Geschwister.
Der zerbr. Krug

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Der Barbier
von Sevilla
Abonn.-Turnus II

Lessing-Th.
8 Uhr:
Gastspiel Salten-
burgs Bühnen
**D. fröhliche
Weinberg**
Kleines T.L.
8 1/2 Uhr:
Airauc
v. H. Heinz Ewers
Vorzeiger zahlt
halbe Kastner!

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Donner-
wetter, ganz famos

Deutsches Theater
Norden 10334-35
8 Uhr:
Viktoria
Kammerspiele
Norden 10334-36
8 Uhr:
Weck- und
(Ueber'n Sonntag)
Die Komödie
Bismarck 2414, 7516
8 Uhr:

**Deutsches
Kunstl.-Theater**
8 Uhr:
Ein Walzertraum
Th. v. Kurfürstendamm
Tägl. 8 Uhr:
Rebuhn od. Die
neue Fassade
Wallner-Theater
8 Uhr:
Der heilige Brunnen
Blanco Posnets
Erweckung
Metropol-Theat.
Gastsp. des Th. am
Kurfürstendamm.
8 1/2 Uhr: Die
Nacht der Nächte

Residenz-Theat.
8 1/2 U.: Verbotene
Küsse
Eugen Rex, Metelka
Pr.: 75 Pl. bis 4 M

SCALA
8 Uhr:
**Internat.
Varieté**
Theaterkasse:
Lützow 7557

Borsowsky-Bühnen
Theater
Königsplatz-Str.
T. Hasenfeld 2110
8 Uhr:
Dr. Schmidt

Komödienhaus
Tel. Norden 6304
8 Uhr:
Der Garten Eden

Neues Th. am Zoo
Tägl. 8 Uhr:
Der alte Dessauer
Operette in 3 Akten
Charlé Vespermann
Falk, Kiper, Godau,
Straaten, Hainisch
Preise 0.50 bis 6 M.

Die Tribüne
Tel. Wilhelm 6365
8 1/2 Uhr:
Der Rubikon

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. an Schiffbauerdamm
7 1/2 Uhr:
FAUST
Morgen 8 Uhr:
Judith

8 Uhr:
Die Freier
Morgen 8 Uhr:
Die Freier.

Reichshallen - Theater
Abends 8 Uhr und Sonntags
nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neu! „Ein Hausball bei Meyer's“
Berliner Exzellenz von Heydel.
Nach. viele Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brettli (Sagl u. Hart)
Variété - Konzert! - Tanz!

Großes Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg
Gastspiel Alfred Braun
• Verlängert bis 31. Mai 1926 •

Casino-Theater
Gr. Preisabbau!
Karten v. 50 Pf. an
bis 1 Tag. 1 Uhr frei!
**Das Recht
auf Arbeit**
Dazu das neue
Mal-Programm!

Panzerkreuzer Potemkin
Täglich
Piccadilly | **Welttheater**
Am Untergrundbahnhof
Bismarckstraße
Beginn 6, 7.30 u. 9 Uhr
M. 0.90 Vorverkauf bis 4 Uhr
dann 1.-, 1.20 usw.
Jederzeitiger Einlaß

Gr. Frankfurter Str.
121

Theat. d. Westens
8 Uhr:
Gräfin Mariza
Operett. v. Kalman
50 Pf. bis 6 Mk.
(Keine Bonn)

Theater a. Rothb. Tor
Tägl. 8 Uhr
**Elite-
Sänger**
Baumbloß
in Werder

Th. in d. Klosterstr.
8: Glück im Winkel

**Circus
Busch**
Letzter Spielmonat!
7 1/2 U.: Das heitere
Mange-Vollstück
Es klappert
die Mühle von
Sanssouci
und das große
Abschiedsprog.!
Billigst. Preise
60 Pf. bis 4 M. L. Lage
Schluß d. Spielz. 30. Mai

**Komische
8 1/2 Oper 8 1/2**
Dir. James Klein
**Berlin
ohne
Hemd!**
Die gewaltigste
REVUE
200 Mitwirkende
Sommerpreise

Rose-Theater | **Central-Theater**
8 1/2 Uhr: Lili und
beiraten | 8 Uhr: Eva Bonheur
Eika Gröning

**Luna-
Park**
ca. 20 neue Attraktionen
Heute
Volks-Tag
Konzerte des eigenen
Senders
Prominente Künstler
Eintritt 50 Pfennig

**Blauband
im Volksmunde:**

**Wer nicht wagt,
der nicht gewinnt,
Gut, wer Blauband
statt Butter nimmt.**

**Blauband
wie
Butter**

50 Pfennig 1/2 Pfd.

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis

Aktiva		Bilanz zum 31. März 1926		Passiva	
	RM	Pf		RM	Pf
Beteiligungen	127 970 268	22	Aktienkapital	120 000 000	—
Forderungen	40 490 453	59	Gesetzliche Rücklage	12 000 000	—
Anleihe-Disagio	5 175 540	—	6 Prozent amortisierbare Gold- schuldverschreibungen	25 200 000	—
*/ Abschreibung 2 000 000,—	3 175 540	—	Verbindlichkeiten	13 367 734	10
Bankguthaben	5 175 735	73	Reingewinn	6 246 836	27
Kasse	1 569	83	Bürgschaften	36 317 851,07	—
Einrichtung	—	1			
Bürgschaften	36 317 851,07	—			
	176 814 570	17		176 814 570	37

Aufwendungen		Gewinn- u. Verlustrechnung zum 31. März 1926		Erträge	
	RM	Pf		RM	Pf
Unkosten einschl. Steuern	433 556	63	Gewinnvortrag	191 976	18
Abschreibung auf Anleihe- Disagio	2 000 000	—	Provisionen	128 044	29
Reingewinn	6 246 836	27	Zinsen	85 914	63
	8 680 392	99	Dividendeneinnahmen	8 274 457	80
	8 680 392	99		8 460 392	99

Vorstehende Bilanz und Gewinn- und Ver-
lustrechnung haben wir geprüft und mit den
von uns ebenfalls geprüften, ordnungsmäßig
geführten Büchern übereinstimmend gefunden.
Köln, im April 1926

Treuhand-Aktien-Gesellschaft
Herberg Dr. Schnick

Berlin, im Mai 1926
Vereinigte Industrie-Unternehmungen
Aktiengesellschaft

JOHN BARRYMORE

in „Wenn Meer und Himmel sich berühren“

mit Dolores Costello

Warner Bros. Produktion
im Bruckmann-Verleih

Täglich 5, 7, 9 Uhr
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr

Primus-Palast
Potsdamer Straße 19

Letzte Tage! ➡ Jugendliche haben Zutritt! ➡ Letzte Tage!

